Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249. Dienstag, den 24. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Im Zeichen des Krieges.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Die türkische Regierung hat die Vertreter der italienischen Presse ausgewiesen. Das ist der Krieg — er zeitigt seine Folgen. Dieser Tatsache ging übrigens eine dummdreiste Provokation seitens eines italienischen Journalisten voraus, der einen türkischen Bramarbas, den General Fuad Pascha zum Zweikampf herausforderte. Die beiden machten sich gegenseitige Reklame, die Aufmerksamkeit der stark gereizten türkischen Kreise wurde aber dadurch erst recht auf die italienischen Journalisten gelenkt.

Die Lage der hiesigen Italiener ist durch den Krieg überhaupt eine sehr prekäre geworden. Sie können vor allem jeden Augenblick ausgewiesen werden. Wie groß ihre Zahl ist, weiß man nicht. Jedenfalls sind es mehrere Zehntausende. Sie sind zwar höchst unschuldig an dem Krieg, aber wie es die Franzosen anno 70 gegenüber den Deutschen, die Russen gegenüber den Japanern 1904 getan haben, so übertragen jetzt die Türken ihren Haß gegen die italienische Regierung auf die Italiener überhaupt. Die Barbarei des angeblich zivilisierten Italiens weckt in diesen ungeschminkten Barbaren ein Rachegefühl, das nach Opfern sucht. Dennoch wagen sie die allgemeine Ausweisung nicht, und zwar aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas. Vor allem war es die Stellung der internationalen Sozialdemokratie zu diesem Kriege, die hier einen großen Eindruck hervorgerufen hat — ganz besonders, selbstverständlich, der heldenmutige Protest der italienischen Arbeiter. Es ist zu hoffen, daß es infolgedessen gelingen wird, Tausende von Arbeitern dem bittern Lose der Verbannung zu entziehen.

Bei alledem werden die Italiener in der Türkei bis zum Abschluß des Krieges viel zu erdulden haben. Sie werden geächtet. Italienische Arbeiter und Angestellte werden entlassen, der Verkehr mit den italienischen Geschäftsleuten wird unterbrochen. Bereits erteilte Bestellungen werden zurückgezogen. Das sind Dinge, von denen ich mich persönlich überzeugt habe.

Der Handelsverkehr mit Italien stockt erst recht. Einzelne Geschäftshäuser haben in aller Form ihre Verbindungen mit den italienischen Fabrikanten aufgehoben. Dadurch fühlt sich besonders die italienische Textilindustrie getroffen. Die türkischen Zeitungen publizieren Briefe italienischer Textilfabrikanten an ihre hiesigen Kunden, in denen himmelhoch versichert wird, daß die entsprechenden Herren Kapitalisten keine Schuld an dem Kriege tragen und die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Geschäftsverbindung nach dem Kriege ausgesprochen wird.

Die Kämpfe in Tripolitanien sind erst in ihren Anfängen. Jetzt, da die italienische Armee in das Innere des Landes einzudringen hat, beginnen erst die Schwierigkeiten. Es darf bereits als ziemlich sicher gelten, daß die Massen der Eingeborenen Widerstand leisten werden. Die paar arabischen Häuptlinge samt dem Präfekt der Stadt Tripolis, die die italienische Regierung sich gekauft hat, haben demgegenüber nicht viel zu bedeuten. Die Volksmassen sind gegen die Italiener und sie haben bereits ihre Führer gefunden. Ich hatte im vergangenen Winter wiederholt Gelegenheit, einen der türkischen Offiziere, die jetzt den Widerstand der Tripolitaner organisieren, kennen zu lernen. Es ist dies Djemi, Deputierter von Tripolis, ein europäisch gebildeter Mann von demokratischer Gesinnung mit ausgesprochen sozialistischen Tendenzen, der die Not der Volksmassen kennt und deren Vertrauen genießt.

Die tripolitanischen Abgeordneten haben den Antrag gestellt, Hakki Pascha, den früheren Großvezier, unter Anklage zu stellen. Sie beschuldigen ihn fast unverhüllt, Tripolitanien an die italienische Regierung verkauft zu haben. Folgende sind die Hauptpunkte ihres Indizienbeweises: 1. Hakki Pascha hat einen großen Teil der Truppen, die in Tripolitanien standen, nach Jemen geschickt und so Tripolitanien des militärischen Schutzes entblößt. 2. Man unterließ es, Rekruten in Tripolitanien auszuheben, trotz des dringenden Verlangens der Bevölkerung. Erst seit vier Monaten geschieht das, aber auch da hat man statt 16 000 bloß 3400 Mann ausgehoben. Man hat Freiwillige zurückgewiesen, unterließ es, Redifs (Reserve) zu bilden. 3. Es befanden sich in den Arsenalen von Tripolis 40 000 Gewehre System Martini und Schneider. Die Regierung hat sie zurückgezogen, angeblich, um sie durch bessere zu ersetzen, was aber nicht geschah. 4. Die Regierung hat Offiziere, die das Land kannten, abberufen, ohne sie überhaupt zu ersetzen. 5. Weil sich Italien beschwerte, wurde der Vali von Tripolitanien Ibrahim Pascha nach Konstantinopel berufen und hier zurückgehalten, sodaß Tripolitanien in der kritischen Zeit ohne Regierungschef blieb. (Wir können jetzt noch hinzufügen, daß unterdessen der von Italien bestochene Stadtpräfekt von Tripolis mit den arabischen Häuptlingen konspirierte, diese in italienischen Sold nahm und mit ihnen förmliche Verträge abschloß.)

Dieser Anklageakt, dem noch andere, weniger wichtige Punkte angeschlossen wurden, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Wie ich soeben erfahre, beschäftigt sich auch eine geschlossene Sitzung des Parlaments, die sofort nach der Deklaration des Großveziers eröffnet wurde, hauptsächlich mit diesem Gegenstand.

In der Erklärung des Großveziers ist nur die Hervorhebung der Notwendigkeit eines Zusammengehens der Balkanstaaten besonders bemerkenswert.

Parvus.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag begann am Montag die große Teuerungsdebatte, zu der auch Bethmann-Hollweg, der langgezogene Paragraph, sich herbeibemüht hatte. Seine Kollegen aus den preußischen und den Reichsämtern stellten sich erst recht allmählich ein. Im Laufe der Sitzung erschien auch im tadellos gearbeiteten Gehrock der preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, in welchem Gebärdenspäher den künftigen Reichskanzler zu wittern scheinen. Auch das Haus füllte sich erst allmählich. Speziell die Rechte war am Anfang der Sitzung recht spärlich vertreten. Hasen- oder Fasanenjagd, oder was sonst saisonmäßiges Waidmannsvergnügen ist, scheint die Krautjunkersippe mehr zu interessieren, als die Teuerung. Kein Wunder. Sie werden dick und fett bei der Teuerung, die Güterpreise steigen enorm und die Podbielskibäuche drohen zu platzen.

Drei Interpellationen über die Teuerung liegen vor; formell stehen noch zwei andere Interpellationen über die Maul- und Klauenseuche auf der Tagesordnung. Um „seinen“ Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, hat auch das Zentrum interpelliert; die Rücksicht auf seine blauen Blockbrüder hat es aber bestimmt, in seiner Interpellation nicht von der Teuerung, sondern von „ungewöhnlicher Preissteigerung“ zu reden. Der Vater des jungen Spahn „begründete“ diese Interpellation, indem er völlig Unverständliches in seinen alten Knasterbart murmelte. Soviel man nachher herausbekam, hat Peter Spahn gnädigst Ermäßigung der Gemüsezölle und Änderungen — kleine natürlich nur — an den Einfuhrscheinen der Regierung erlaubt. Es fragt sich nur, und ist nach der Reichskanzlerrede sehr fraglich, ob die blauen Agrarier der Regierung erlauben werden, von dieser gütigen Erlaubnis der schwarzen Agrarier Gebrauch zu machen.

Die brillante und schneidige Rede des Genossen Scheidemann, der mit den Brotwucherern und ihren Beauftragten scharf und unerbittlich ins Gericht ging, bildete fast die einzige Oase in der Wüste dieser Beratung, denn auch der folgende Redner, der Fortschrittler Oeser, wie viele treffende Ausführungen er auch machte, zeigte eine beinahe an Spahn erinnernde Temperamentlosigkeit. Daß der Reichskanzler seinerseits nicht an einem Temperamentüberfluß leidet, gestehen auch seine Bewunderer (falls solche noch in ganz entlegenen Winkeln existieren) allmählich zu. Bülow wußte wenigstens den Reichstag noch zu amüsieren und durch munteren Witz, manchmal freilich auch durch Seichtbeutelei, dem reaktionären Inhalt seiner Reden eine gewisse liberalisierende Färbung zu geben. Bülow war der Plauderer, Bethmann ist der Pedant der Reaktion. Doch das ist schließlich ein persönliches Moment. Das entscheidende Merkmal aus seiner Rede, die wir im übrigen Bericht nachzulesen bitten, war die Ablehnung der Anwendung aller wirksamen Mittel gegen die Teuerung. Das Nein des Kanzlers wird das Volk hören und sich nicht an die vielen Worte kehren, die er brauchte, um zu versagen. Auf die Klagen des Volkes hat der Kanzler mit einem Nein geantwortet und auf das Nein des Kanzlers werden die Wahlen antworten.

Nachdem ein sicherer Niederlöhner, des gespaßigen Tobias Nißler Mandatsnachfolger, den Reichstag durch die Komik erbaut hatte, mit der er allerhand ungereimtes Zeug vortrug — in seinen Augen sind die Arbeiter die Urheber der Teuerung, weil sie nicht für Hungerlöhne schuften wollen — wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Denkschrift über die Jugendpflege.

Dem preußischen Landtage soll eine Denkschrift über die Entwickelung der Jugendpflege in Preußen vorgelegt werden. In dieser Denkschrift will die Regierung den Umfang des für die Jugendpflege in Betracht kommenden Gebietes und die bisher von den verschiedenen Organisationen entwickelte Tätigkeit darstellen. Die Denkschrift soll dann die Grundlage weiterer Maßnahmen zur Ausgestaltung der „preußischen Jugendpflege“ sein.

Denunziatorische Beharrlichkeit des Zentrums.

Seit der Düsseldorfer Nachwahl ist das Zentrum wiederholt an die Regierung herangegangen, um von ihr die Maßregelung von Beamten zu fordern, die in der Düsseldorfer Stichwahl nicht gewählt haben, oder von denen das Zentrum behauptet, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten. Bisher hat die Regierung auf diese Denunziationen nicht reagiert, und nun kommt die „Germania“ in ihrer Nummer vom 22. Oktober und wiederholt ihre Denunziationen in dieser drohenden Form:

„Merkwürdige Staatsstützen! Unter dieser Spitzmarke nahmen wir in Nr. 236 1. Bl. der „Germania“ vom 13. d. M. Vormerkung von der Feststellung der „Kölnischen Volkszeitung“, daß bei der letzten Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf ein dortiger königlich preußischer Oberregierungsrat für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten agitiert habe, und daß „der Herr Regierungspräsident und andere hohe Beamte bei der Stichwahl von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, also in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie der liberalen Parole auf Wahlenthaltung Folge geleistet“ hätten. Die erste, auf den Oberregierungsrat bezügliche Behauptung hat, wie auch von uns schon berichtet, der Herr Regierungspräsident für „völlig unwahr“ erklärt, während die „Köln. Volkszeitung“ sie aufrecht erhält. Dagegen hat der Herr Regierungspräsident zu der zweiten, seine und anderer hohen Beamten Wahlenthaltung betreffenden Behauptung nicht sich geäußert, sodaß an der Wahrheit dieser Tatsache wohl nicht gezweifelt werden kann. Wir hoben diese Tatsache hervor und stellten die Frage, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu diesem „staatserhaltenden“ Verhalten von hohen Regierungsbeamten zu sagen haben werde. Seitdem sind 10 Tage vergangen, aber wir haben eine Antwort auf diese Frage in dem offiziösen Organ des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten bis heute nicht gefunden. Wir wiederholen daher diese Frage, weil die Angelegenheit, um die es sich handelt, von außerordentlicher Bedeutung und Tragweite ist. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Regierung zu der ungeheuerlichen, seit dem Bestehen des Reiches noch nicht dagewesenen Tatsache sich stellt, daß ein Regierungspräsident und ihm unterstellte Beamte bei der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und einem Sozialdemokraten der Abstimmung sich enthalten, und dadurch die Wahl des Umstürzlers fördern. Die Öffentlichkeit will wissen, ob jene Beamte durch ihre Wahlenthaltung den Intentionen der Regierung gemäß gehandelt haben. Sollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hierüber nichts zu sagen wissen, so wird die Frage später an einer Stelle wiederholt werden, an der sie beantwortet werden muß.“

Eine Regierung, die Rückgrat besäße, würde auf diese freche, unverschämte Denunziation eine gebührende Antwort finden; umsomehr, als dasselbe Zentrum, nach den Bülowwahlen sich nicht genug entrüsten konnte über die Eingriffe der Regierung in die Wahlfreiheit. Von Bethmann-Hollweg, dem Manne der gottbegnadeten Abhängigkeiten, ist allerdings nicht anzunehmen, daß er seinen schwarzen Protektoren gegenüber die Stirne in Falten zieht. Und so darf man sich schließlich noch darauf gefaßt machen, daß aus Angst vor dem Zentrum Regierungsbeamte gemaßregelt werden, weil sie einer nicht bestehenden Wahlpflicht nicht genügt haben.

Zentrumsparteiretter.

Der Zank der Zentrumsbrüder hat allgemach einen derartigen Umfang erreicht, daß Herr Erzberger sich berufen fühlt, in der „Märkischen Volkszeitung“ Moral zu predigen. Im Hinblick auf die Affäre des Grafen Oppersdorf und andere Fälle stimmt er ein Klagelied an, in welchem es heißt:

„Der leicht erklärliche Ruhm, jedes Jahr als „Retter der Partei“ gefeiert zu werden, verleitet zu Unvorsichtigkeiten und Pressedebatten, deren positives Resultat gleich Null ist und die allseitig nur Verstimmung und Verärgerung zurücklassen. Erreicht wird durch solche Streitereien absolut garnichts, verdorben aber sehr viel. Was nützen denn die schönsten Resolutionen des Augustinusvereins, wenn immer wieder einzelne für sich ein Sonderrecht herausnehmen und wieder mit Polemiken beginnen, statt durch gediegene Kost den Zentrumsgedanken zu fördern.“

Der Augustinusverein, die Fachorganisation der Zentrumspresse, müht sich seit Jahren, den Ton der Kaplanblätter zu heben. Allerdings ohne jedweden Erfolg, wie er vor einer Weile „zum tiefen Schmerze der Freunde und zur Freude hämischer Gegner seiner Sache" feststellen mußte.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat über die Lebensmittelteuerung.

Den Mitgliedern des Reichstages ist eine umfangreiche Denkschrift zugegangen, in der der Deutsche Landwirtschaftsrat, die oberste Vertretung der deutschen Agrarier, den Versuch unternimmt, das Vorhandensein eines Notstandes zu bestreiten. Die Kosten dieser Denkschrift hat man hoffentlich nicht aus dem Ertrag der Kalischmiergelder bestritten. — Der Deutsche Landwirtschaftsrat kommt zu folgenden Schlüssen:

Die deutsche Landwirtschaft habe in den letzten Jahrzehnten die Bodenerträge so enorm vermehrt, daß dieselben gleichen Schritt mit der Zunahme der Bevölkerung gehalten haben.

Der Außenhandel mit Getreide hat seinen Schwerpunkt mehr und mehr auf die Einfuhr von Futtergetreide gelegt und damit zur Erhöhung der Fleischversorgung beigetragen. Wenn dadurch die Einnahmen des Reiches aus den Getreidezöllen gelitten haben, so sei daran zu erinnern, daß die Zölle auf Brotgetreide in erster Linie Schutzzölle seien, mit deren Hilfe die einheimische Landwirtschaft die eigene Produktion so steigern soll, daß Deutschland in der Brotversorgung unabhängig vom Auslande wird. Dieser nationale Gesichtspunkt müßte erheblich höher stehen, als fiskalische Rücksichten. Der Schwerpunkt für die Sicherstellung der Brot- wie Fleischversorgung Deutschlands liegt in der steigenden Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe. Für die Steigerung der Lebensmittelpreise könne die deutsche Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden, weil sie keinerlei Einfluß auf die Bildung der Kleinhandelspreise, mit welchen allein der Konsument rechnet, ausüben kann. Der Produzent auf dem Lande erhalte meistens nur die Hälfte von dem Preis, den der Konsument in der Stadt bezahlen müsse. Außerdem sei die Steigerung der Lebensmittelpreise eine internationale Erscheinung, die vom Handel benutzt werde um die Preise in die Höhe zu treiben. Getreide und Kartoffeln, der Grundstock der deutschen Volksernährung seien im Preise wenig oder garnicht gestiegen, womitder deutschen Landwirtschaft ein glänzendes Zeugnis ausgestellt werde. So seien auch die Schweinepreise im Durchschnitt der Jahre wenig oder garnicht gestiegen, und wenn die Preise jetzt etwas höher sind, so sei zu berücksichtigen, daß die Dürre des Sommers ungünstig auf die Ernte eingewirkt habe, und daß gerade hier die Landwirtschaft den Hauptschaden tragen müsse. Der Fleischkonsum selbst habe starke Wandlungen durchgemacht; während früher das billige Suppenfleisch der Kuh bevorzugt wurde, seien die Ansprüche der Konsumenten an die Qualität des Fleisches von Jahr zu Jahr gestiegen. Weit mehr noch als die Lebensmittelpreise seien aber die Arbeitslöhne in die Höhe gegangen. In keinem Lande der Welt sei die Lage des Arbeiters eine so glänzende, wie gerade in Deutschland. Deshalb müßte es als ein Akt ausgleichender sozialer Gerechtigkeit angesehen werden, die gestiegenen Preise im Interesse der schwergeschädigten Landwirtschaft zu ertragen. Die Denkschrift bestreitet dann, daß eine Aufhebung der Zölle oder auch nur die Beseitigung der Einfuhrscheine irgend einen Einfluß auf die Lebensmittelpreise ausüben könne.

Es folgen dann eine Unmenge Statistiken, mit denen nach agrarischem Muster das Gegenteil der Wahrheit bewiesen werden soll. Bemerkenswert ist, daß zuerst eine fühlbare Steigerung der Lebensmittelpreise abgestritten wird, dann wird die Schuld an der Steigerung dem Handel zugeschoben, und schließlich wird die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne der Arbeiter erheblich mehr gestiegen sind, als die Preise der Lebensmittel. Etwas Widerspruchsvolleres als diese Darlegung des Deutschen Landwirtschaftsrates ist schließlich kaum zu denken. Diese Art Beweisführung erinnert an die Anekdote, wo jemand einen geborgten Topf zurückverlangt und dann zur Antwort erhält, erstens habe man den Topf garnicht erhalten, zweitens war er schon zerbrochen und drittens habe man ihn ganz zurückgegeben.

Daß der größte Teil des deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitzes in kleinbürgerlichen Händen ist, ist niemals bestritten worden; aber darauf kommt es auch gar nicht an, denn für die Frage der Zölle kommen nur jene Besitzer in Betracht, die in der Lage sind, Getreide in nennenswertem Umfange zu verkaufen und das sind eben nicht die kleinen Besitzer, sondern die großen Agrarier. Es trifft also nicht zu, wenn der Deutsche Landwirtschaftsrat sich bemüht, der Allgemeinheit plausibel zu machen, daß man die jetzigen Notstandspreise im Interesse der kleinen Bauern bezahlen muß. Völlig in der Luft hängt die Behauptung, daß die Arbeitslöhne rascher und höher gestiegen sind, als die Preise für Lebensmittel. Das beweist schon ein Blick in die Lohnstatistik, die der Denkschrift beigefügt ist und in der bezeichnenderweise in der Hauptsache nur die Löhne der Bergarbeiter angegeben sind, die im Vergleich zu den Löhnen, die in der Textilindustrie gezahlt werden, zwar etwas hoch erscheinen. Aber selbst diese Löhne zeigen keine steigende, sondern eine sinkende Tendenz; so hat der Durchschnittslohn der Bergarbeiter in Oberschlesien betragen:

1908 . . . 1146 Mk.
1909 . . . 1100 „
1910 . . . 1068 „

Der Durchschnittslohn im Bezirk Dortmund betrug:

1908 . . . 1766 Mk.
1909 . . . 1556 „
1910 . . . 1589 „

Im Bezirk Aachen:

1908 . . . 1532 Mk.
1909 . . . 1456 „
1910 . . . 1502 „

Dabei denke man an die Steigerung der Kartoffelpreise, eine Tatsache, die vom Deutschen Landwirtschaftsrat abgestritten wird. — Man wird deshalb diese Denkschrift als das einschätzen müssen, was sie ist: als einen tendenziösen Versuch, zugunsten der Agrarier die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verschieben.

Gastwirte und Reichstagswahl.

Die Herbstversammlung des rheinisch-westfälischen Wirteverbandes, die am Freitag in Ohligs tagte, hat beschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen keinem Kandidaten die Stimme zu geben, der für die Reichsfinanzreform gestimmt oder sich nicht wenigstens gegen eine weitere Sonderbesteuerung des Wirtegewerbes erklärte. In einer Eingabe an die Staatsregierung soll ersucht werden, der Zulassung von Gemeindegasthäusern nicht zuzustimmen. — Diese Gemeindegasthäuser sind, wie schon der Name besagt, von den Gemeinden errichtet worden und dienen in erster Linie dem Zweck, dem Schnapsgenuß entgegenzuwirken.

Mit 45 Jahren Rentier.

Ein Herr P. Koch, Geheimer Admiralitätsrat seines Zeichens, fühlt sich berufen, die Ehre des deutschen Unternehmertums zu retten. In den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik war die altbekannte Tatsache gestreift worden, daß der deutsche Arbeiter mit 40 Jahren vom Kapital ausgepreßt ist, sodaß er dann aufhört, hochwertig qualifizierte Arbeit zu leisten, und für ihn die bange Frage entsteht, wie er für den Rest des Lebens sein Dasein fristen soll. Der Herr Admiralitätsrat führt, und zwar sinniger Weise in dem Scharfmacherblatt, die „Post", zur Widerlegung dieser Tatsache einige Zahlen an, die dartun sollen, daß in der Metallindustrie Arbeiter auch über 40 Jahre hinaus Beschäftigung finden. Aber ganz geheuer scheint ihm selber diese Beweisführung nicht zu sein und daher verfällt er auf den in der Tat überraschend schlauen Gedanken, die etwa dennoch wegen ihres Alters auf die Straße gesetzten Arbeiter einfach zu Rentiers zu machen. Er schreibt:

„Für die Arbeiter ist aber noch weiter zu berücksichtigen, daß hier das heranwachsende Geschlecht mit 14 Jahren der Schule entwachsen ist, und in der Regel mit 16 Jahren wieder zu verdienen anfängt, so daß hier der Vater mit spätestens 41 oder 42 Jahren der Sorge für seine Kinder enthoben zu sein pflegt. Wenn daher auch wirklich eine gewisse Zahl von Leuten mit etwa 45 bis 50 Jahren aufhören sollte, weiterhin in der Fabrik zu arbeiten und an der Maschine zu stehen, so werden ihre häuslichen Verhältnisse es ihnen ermöglichen, sich so gewissermaßen zur Ruhe zu setzen, und keineswegs erscheint die Annahme berechtigt, als ob etwa die moderne Fabrikarbeit so rücksichtslos und mörderisch mit den Kräften ihrer Arbeiter umginge, daß diese mit 40 Jahren aufs Pflaster geworfen werden."

Es ist wohl anzunehmen, daß die „Arbeiterrentiers" bei den Reichstagswahlen dem in der „Post" zu Worte kommenden Herrn die Quittung dafür abstatten, daß ihnen statt des Brotes eine Art Rangerhöhung zugebilligt wird. Schon einmal, bei den Reichstagswahlen von 1903, gab die Arbeiterschaft die Antwort auf die Versicherung, daß für sie eine gute und gesicherte Existenzbedingung bis ins hohe Alter hinein geschaffen sei.

Graf Zeppelin kandidiert nicht.

Die Nationalliberalen, die dem Grafen Zeppelin das im Besitz der Fortschrittler befindliche Reichstagsmandat für Ulm angeboten haben, haben einen Korb bekommen. Graf Zeppelin hat bestimmt erklärt, eine Kandidatur nicht anzunehmen.

Der Abschluß der Marokko-Verhandlungen.

Von „besonders orientierter" Seite erfährt die „Germania": „Obwohl man sich über die voraussichtliche Dauer der deutsch-französischen Verhandlungen an den amtlichen Stellen in Stillschweigen hüllt, wird als wahrscheinlich angesehen werden können, daß beim Zusammentritt der französischen Kammer am Ende der ersten Novemberwoche die Verhandlungen abgeschlossen sein werden."

Die Richtigkeit dieser Meldung ist am Montag im Reichstag mehrfach bestätigt worden, mit dem Hinzufügen, daß nach einer Vereinbarung der beiden Regierungen die Marokko-Interpellationen gleichzeitig in Berlin und Paris beantwortet werden sollen. Als Termin dafür sei der 9. November in Aussicht genommen, an welchem Tag der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen wird.

Ein irrsinniger Volksvertreter.

In dem badischen Landtagswahlkreise Lahr-Land soll eine Nachwahl nicht stattfinden. Der „Badische Landesbote" teilt entgegen unserer Auffassung mit, daß eine Entmündigung des geisteskranken Landtagsabgeordneten Dr. Heimburger nicht bestehe, da sich die Verwandten des Patienten, der Junggeselle ist, zur Herbeiführung einer Vormundschaft nicht entschließen konnten. Das Karlsruher Organ der fortschrittlichen Volkspartei nimmt aber keineswegs zur Hauptsache Stellung; es schweigt darüber, ob es gerechtfertigt werden kann, daß ein Landtagswahlkreis während der ganzen nächsten Session der zweiten Kammer unvertreten bleiben soll, weil der bisherige Mandatsinhaber durch eine unheilbare Geisteskrankheit an der Ausübung der Abgeordnetenpflicht verhindert ist.

Im allgemeinen kommt eine solche Vakanz unter den Abgeordneten einer gesetzgebenden Körperschaft öfter vor und bleibt meistens ohne Einwirkung auf das Ergebnis der Arbeiten. Etwas anderes ist es in einem kleinen Parlament und bei einer parteipolitischen Konstellation, wo die Entscheidung zwischen Reaktion und Fortschritt auf einer kleinen Mehrheit beruht oder gar von Zufälligkeiten abhängig ist.

Zweifellos ist es ein öffentliches Recht der Wählerschaft, während der Dauer einer ganzen Tagung der gesetzgebenden Körperschaft nicht unvertreten zu sein. An der Sache kann aber nichts geändert werden, weil ohne Entmündigung des Geisteskranken ein gesetzliches Mittel nicht gegeben ist.

Ersatzwahlen zum württembergischen Landtag.

Zwei Ersatzwahlen zum württembergischen Landtag stehen demnächst bevor. Nachdem vor 14 Tagen der volksparteiliche Abgeordnete Bauer, der den Bezirk Urach vertrat, gestorben ist, wird jetzt das Ableben des bündlerisch-konservativen Abgeordneten Berroth vom Crailsheim gemeldet. Der Bezirk Crailsheim gilt als fester Besitz des Bundes der Landwirte, wird aber trotzdem von der Sozialdemokratie bestürmt werden. Um den Bezirk Urach werden Sozialdemokratie, Volkspartei und Bund der Landwirte kämpfen, die bei der letzten Wahl schon nahezu gleich stark waren.

Die Landtagswahlen in den Reichslanden.

Am Sonntag fanden die Landtagswahlen, zum ersten Male unter dem neuen Wahlrechte, statt. Es waren 60 Kreise zu besetzen. In 35 Wahlkreisen ist die Wahl endgültig entschieden, davon fielen an das Zentrum 19, an die Sozialdemokraten 5, an die Liberalen 2, 8 an die Kandidaten des Lothringer Blocks. Außerdem wurde gewählt ein unabhängiger Agrarier. Die Sozialdemokratie steht in 7 Bezirken in sehr günstiger Stichwahl. (Es sind Nachwahlen mit relativer Mehrheit, die Sozialdemokraten stehen dabei an erster Stelle in diesen Kreisen.) Die Liberalen haben kläglich abgeschnitten. Kein einziger ihrer Führer ist durchgedrungen. In der Nachwahl sind sie auf die Hilfe der Sozialdemokraten oder des Zentrums angewiesen. Blumenthal und Preiß stehen in aussichtslosen Nachwahlen. Sie dürften beide aus dem neuen Landtag verschwinden. Sehr schlecht abgeschnitten haben auch die Nationalisten. Im Straßburger Bezirk brachten es ihre Kandidaten auf nur zirka 1500 Stimmen.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Wahlergebnis sehr wohl zufrieden sein. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten ging vielfach weit über die bei der Reichstagswahl abgegebene Stimmenzahl hinaus. Gewählt wurden bis jetzt die Genossen Emmel, Böhle, Peirotes, Schilling und Fuchs. Es dürfte gelingen, auch die sieben Mandate, die in der Nachwahl zu verteidigen sind, zu erringen. — Von bekannteren Elsaß-Lothringer Parlamentariern sind wiedergewählt Weiterle, Körber, Remy, Wiltberger, Delsor, Hauß, Labroise.

Der Krieg.

Vor Tripolis haben einzelne kleinere Gefechte stattgefunden, die aber ohne jede Bedeutung für den weiteren Verlauf des Kampfes sind.

32 arabische Häuptlinge sollen sich mit 5000 Mann den Italienern unterworfen haben, so melden wenigstens bürgerliche Blätter. Nach dem Secolo beläuft sich die Zahl der bisher in Tripolis ausgeschifften Truppen auf 16 000 Mann. Ferner sind 7000 Pferde ausgeschifft. Die Schützengräben erstrecken sich über Bumiliana hinaus bis Gugasch. Die Soldaten errichten aus Holzhäusern ein Lager.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 24. Oktober.

Die Bürgerschaft trat gestern nach mehrwöchiger Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Die sieben Senatsanträge wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Den breitesten Raum in den gestrigen Debatten nahm der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte und vom Genossen Stelling begründete Antrag auf Ergreifung von Maßnahmen gegen die jetzt herrschende Teuerung fast aller Lebensmittel ein. Dieser Antrag wurde nach längerer interessanter Debatte, die unsere Leser im heutigen Bericht über die gestrige Sitzung verfolgen können, abgelehnt. Man versteckte sich hierbei hinter den fadenscheinigen Grund, daß der Bürgerausschuß bereits ein nach unserer Meinung nichtssagendes Ersuchen bez der Teuerung an den Senat gerichtet habe. Wir kommen auf diese Debatte morgen eingehend zurück. Ein Ersuchen, nach welchem die Behörden aufgefordert werden, recht bald die Arbeiten, für welche die Mittel bereits bewilligt sind, in Angriff nehmen zu lassen, wurde dem Bürgerausschuß überwiesen.

Zur Aussperrung der Lithographen und Steindrucker wird uns geschrieben: Die Firma Hermberg hat 27 Kollegen, die Firma Rathgens 2 Kollegen ausgesperrt. Obgleich die Aussperrung schon über eine Woche dauert, ist es der Firma Hermberg, trotz aller Mühe, nicht möglich, Ersatzkräfte zu bekommen. Trotz N.-V. (soll heißen Nichtverbändler)-Annoncen im „Allg. Druckerei-Anzeiger", trotz aller Engagementsbriefe, die man an Stellungsuchende schreibt, kommt keiner, der die Arbeit fertig machen will. Und die Kunden wollen doch befriedigt werden. Auch das Hilfspersonal, das man, mit ganz geringer Ausnahme, mit aussperrte, will nicht wieder anfangen. Hätte man sie nur, denn es ist für gelernte Kaufleute, die ja sonst doch auch alles können, vielmehr können wollen, gerade kein Vergnügen jetzt an der Maschine zu stehen, und dort anlegen zu müssen. Na, Arbeit schändet nicht. Schade, daß man es bloß nicht so kann, wie man wohl möchte. Daß unter diesen Umständen nicht viel Arbeit fertig wird, kann sich jeder selber ausmalen. Zumal der Reparaturschlosser jetzt ein häufiger Gast ist. In bürgerlichen Zeitungen konnte man in den letzten Jahren des öfteren lesen, daß Kollegen von dieser Firma mit der Senatsmedaille für treu geleistete Arbeit ausgezeichnet wurden, Kollegen, die jetzt gleichfalls mit ausgesperrt wurden. Eben jetzt kommt die Kehrseite der Medaille in Punkto Humanität. Die Firma Rathgens ist eben besser dran, denn bei dieser ist Lithographie und Steindruckerei Nebenbetrieb, dort ist auch zurzeit wenig Arbeit, während in ersterer Firma Hochsaison ist. In der Schutzverbandsfirma Lubeca-Werke, die nicht aussperrte, wurde vorige Woche seitens unserer Kollegen die Kündigung eingereicht. Die Einmütigkeit, die immer so herrlich im Schutzverbandsorgan gepriesen wird, scheint nicht weit her zu sein. Denn es sind im übrigen Deutschland schon über 20 Austritte beim Schutzverband erfolgt. Ein großer Teil Schutzverbandsfirmen sperrte garnicht erst aus. Diese wollen Frieden haben mit ihren Arbeitern und fahren nicht am schlechtesten dabei. Wir sind siegesbewußt, denn so wie hier steht es allenthalben. Unsere Organisation steht gefestigter da denn je. Der Schutzverband ist eben auch ein Teil von jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft, deshalb halten wir aus. Hoch die Solidarität!

Statistik der deutschen Seeschiffe. Angaben über den Bestand der deutschen Seeschiffe (Kauffahrteischiffe) am 1. Januar 1911 werden in Teil I des Bandes 244 der „Statistik des Deutschen Reichs" veröffentlicht. Danach waren an registrierten Fahrzeugen mit einem Bruttoraumgehalte von mehr als 50 Kubikmeter vorhanden 4675 Schiffe mit einem Gesamtraumgehalt von 4 513 191 Registertonnen brutto und 2 903 570 Registertonnen netto gegen 4658 Schiffe mit 4 430 227 Registertonnen Brutto- und 2 859 307 Registertonnen Nettoraumgehalt am 1. Januar 1910. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der Schiffe um 17 zugenommen, der Bruttoraumgehalt um 82 964 Re-

gistertonnen, der Nettoraumgehalt um 44 263 Registertonnen. Der Gattung nach waren am 1. Januar 1911 2371 Segelschiffe mit 452 996 Registertonnen brutto und 403 241 Registertonnen netto, 331 Seeleichter (Schleppschiffe) mit 110 436 Registertonnen brutto und 103 596 Registertonnen netto, sowie 1973 Dampfer mit 3 949 759 Registertonnen brutto und 2 396 733 Registertonnen netto vorhanden, während am 1. Januar 1910 die Zahl der Segelschiffe 2377 mit einem Raumgehalt von 458 411 Registertonnen brutto und 404 576 Registertonnen netto, die der Seeleichter (Schleppschiffe) 331 mit einem Raumgehalt von 111 540 Registertonnen brutto und 105 174 Registertonnen netto und die der Dampfer 1950 mit einem Raumgehalt von 2 865 276 Registertonnen brutto und 2 349 557 Registertonnen netto betragen hatte. Die Verteilung auf die einzelnen Größenklassen war bei den drei Schiffsgattungen sehr verschieden. Unter den Segelschiffen waren der Zahl nach die kleineren Fahrzeuge am stärksten vertreten, und zwar die Schiffe von 30 bis unter 50 Registertonnen Bruttoraumgehalt mit 33,3 Proz., die von 50 bis unter 100 Registertonnen mit 26,7 Proz. und die unter 30 Registertonnen mit 24,2 Proz. aller Segelschiffe. Die größte Zahl der Seeleichter (Schleppschiffe) entfiel auf die Größenklasse von 200 bis unter 300 Registertonnen Bruttoraumgehalt mit 27,5 Prozent aller Seeleichter, demnächst auf die Größenklassen von 300 bis unter 400 Registertonnen mit 19,8 Proz. und von 100 bis 200 Registertonnen mit 16,6 Prozent. Bei den Dampfschiffen fand eine gleichmäßigere Verteilung auf die einzelnen Größenklassen statt. An erster Stelle standen hier die Schiffe zwischen 100 und 200 Registertonnen Bruttoraumgehalt mit 12,8 Prozent aller Dampfschiffe, dann folgen die Schiffe von 200 bis unter 300, von 50 bis unter 100, von 800 bis unter 1000, von 2000 bis unter 2500 und von 600 bis unter 800 Registertonnen (8,8 Prozent, 7,5 Prozent, 5,7 Prozent, 5,0 Prozent und 4,9 Prozent).

Die Zeit der Erkältungen. Die Zeit der Schnupfen und Katarrhe naht. Die grauen Nebel des Oktober und November prüfen des Menschen schwächlichen Organismus auf seine Widerstandsfähigkeit hin. Es ist eine der wohltuendsten Einrichtungen der Natur, daß sie nur sehr langsam von der sommerlichen Hitzeglut in die strenge Winterkälte uns hinüberführt, um dem menschlichen Organismus Zeit zur Anpassung zu lassen. Wenn trotzdem so viele Menschen an Übergangskrankheiten, wie Schnupfen, Katarrhe, Fieber, zu leiden haben, so ist das meist ein Zeichen dafür, wie verschieden die Widerstandsfähigkeit der einzelnen beschaffen ist. Hier heißt es nachhelfen durch ein wirklich „naturgemäßes" Verhalten. Besonders die „Einfallstore" der Krankheiten, unsere Haut, Nasen- und Rachenschleimhäute, sind durch fleißiges Luftbaden, Tiefatmen in frischer Luft, Schlafen bei offenem Fenster, in tüchtiger Durchblutung und kräftiger Funktion zu erhalten. Damit sind schon ausgezeichnete Verteidigungsmittel gegen die Angriffe der Wintertemperatur gegeben. Gerade jetzt darf man im täglichen Luftbaden nicht nachlassen, nur die Zeitdauer des Luftbades selbst wird natürlich immer kürzer werden müssen, je mehr die Temperatur, namentlich am Morgen, sich abkühlt. Das Schlafen beim offenen Fenster — wobei direkter Zug natürlich zu vermeiden ist — wird die Schleimhäute am wirksamsten für den Angriff kräftig trainieren. Besonders wichtig ist für die Abhärtung der Schleimhäute das Gurgeln mit nicht zu warmem Wasser. Das Gurgelwasser darf nur sehr wenige Grade über der Temperatur der Außenluft gehalten werden, wenn nicht eine Verweichlichung der Schleimhäute die Folge sein soll. Auch zu heißes Essen macht die Schleimhäute beim Nahen kalter Witterung sehr zu Erkältungen geneigt. In der Kleidung gilt es vorsichtig den Temperaturschwankungen folgen. Hier müssen sich namentlich Blutarme vor dem übertriebenen „Sichabhärtenwollen" hüten; ebenso bedenklich ist aber zu vorzeitiges „Dickeinpacken". Durch das erstere wird eine gefährliche Durchkühlung, durch das letztere eine gefährliche Verweichlichung geschaffen.

Aus dem Gerichtssaal. Der häufig vorbestrafte Arbeiter Gr., der wegen Trunksucht entmündigt ist und von seiner Frau getrennt lebt, stand unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung vor der Strafkammer. Am 24. September drang er in die Wohnung ein, forderte zunächst von der Frau, daß sie wieder mit ihm zusammen leben solle. Das lehnte die Frau ab. Darauf verlangte er ohne Erfolg 1.50 Mark. In der Wut holte er sich ein spitzes Küchenmesser und stach mit demselben blindlings auf die Frau ein. Schwere Verletzungen waren die Folge. Das Gericht verurteilte den rohen Patron zu 2 Jahren Gefängnis. — Der Klempner L. bestahl einen bei ihm wohnenden Monteur um einen Paletot und einen mit Kleidungsstücken gefüllten Koffer. Dafür muß er nun 5 Monate brummen. — Weil sie ein Dienstmädchen unsittlich berührt haben, sollen ein Tapezierer Br. und ein Seemann Ru. je 2 Monate Gefängnis verbüßen. — Wegen Sittenverbrechen wurde der 15jährige Kaufmannslehrling P. zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Mit dem Bau der Bahnlinie Hamburg-Segeberg-Eutin soll im nächsten Frühjahr begonnen werden.

Von einem Radfahrer überfahren wurde gestern abend in der Mühlenstraße in der Nähe des Stadthallentheaters ein etwa 10jähriges Mädchen. Dasselbe klagte über Schmerzen im Arm und Knie. Der Radfahrer fuhr ohne Licht und hatte auch unterlassen, ein Klingelzeichen zu geben. Die Nummer des Rades ist festgestellt.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Herzberg wegen tätlicher Beleidigung und ein Arbeiter aus Altona wegen Diebstahls eines Jacketts. Ferner ein hiesiger Arbeiter wegen Diebstahls einer Uhr.

Literarische Gesellschaft zu Lübeck. Die im stillen längst vorhandene Gemeinde derer, für welche die Schätze alter und neuer Literatur kein totes Kapital sind, durch ein äußeres Band zu vereinigen, das Gesamtvolk in den gemeinsamen Genuß seines geistigen Eigentums zu setzen, damit die verloren gegangene Kultureinheit wiederzugewinnen, das sind die Ziele, nach denen die „Lesegemeinden" streben. Einrichtungen, die im Ausland, zumal in England, bereits festen Boden gewonnen haben, sollen auch nach Deutschland verpflanzt werden. Diesem Zweck dient der öffentliche unentgeltliche Vortrag, den Herr Dr. Wolff-München am Donnerstag, dem 26. Oktober der Lit. Gesellschaft im Kolosseum hält. Nach dem Vortrag findet eine Diskussion statt. Jedermann ist willkommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Wegen des sich stetig steigernden Erfolges des Schauspiels „Glaube und Heimat" von Karl Schönherr und der großen Nachfrage nach Billetts am vergangenen Sonnabend, wo das Werk vor ausverkauftem Hause gegeben wurde, sieht sich die Direktion veranlaßt, „Glaube und Heimat" am Mittwoch, abends 8 Uhr, bei kleinen Preisen als volkstümliche Vorstellung nochmals zu wiederholen. — Am Donnerstag gelangt Verdis große Oper „Aida" zur Aufführung. In der „Titelrolle" wird Frl. Fina Widhalm vom Stadttheater in Köln ein Gastspiel auf Engagement für diese Spielzeit absolvieren. Die übrigen Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Radames — Herr Pistori; Amonasro — Herr Langefeld; Amneris — Frl. Arkadij; Ramphis — Herr Fabian; König — Herr von Schenck. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Beyer; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. Für Freitag befindet sich die Novität „Tantris der Narr" von Ernst Hardt in Vorbereitung. Das fünfaktige Drama, das in hochpoetischer und bühnenliterarisch sehr wertvoller Weise eine Variante der „Tristan-Sage" darstellt, erzielte bisher an allen Bühnen, wo es herauskam, die glänzendsten Erfolge und wurde durch beide Schiller-Preise gekrönt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Heute Dienstag, abends 8 Uhr, wird die berühmte Brettl-Diva Bozena Bradsky einen Lustigen Abend veranstalten. Die Künstlerin hat die Überbrettlzeit überdauert, weil ihr etwas gegeben ist, was zeitlos und unvergänglich besteht: „Ein Quentchen echter Kunst". In ihrem Programm finden wir die besten Namen der Überbrettelei, wie Lilliencron, Rideamus, Fontane, Schönfeld, Oscar Straus, Bogumil Zepler, R. Flynn, Mannstädt usw. und sie kann in demselben zeigen, mit welcher Gefühlsstärke und zugleich mit welcher Routine sie die ganze Skala der Empfindungen vom leichtesten Lachen bis zur tiefsten Tragik beherrscht und wiederzugeben weiß. Den Abend eröffnet der Einakter „Die Hasenpfote" von Brennert.

Eutin. Der Oldenburger Landtag ist zum 7. November einberufen. Die Dauer der Session ist vorläufig bis zum 23. Dezember festgesetzt.

Selmsdorf. Ein fetter Prozeß wird jetzt zum zweitenmal um eine Hauswirtsstelle in unserem Dorfe ins Werk gesetzt werden. Es ist bekannt, daß die Hauswirtsfamilien im Fürstentum Ratzeburg eine Ehre darin suchen, wenn die betr. Stellen immer im Besitz derselben Familien bleiben. Einige Väter haben auch sogar testamentarisch bestimmt, daß der Name des Besitzers immer derselbe bleibe. So war es auch mit der Klüßmannschen Stelle in Selmsdorf der Fall. Der letzte Besitzer, der den betr. Namen trug, wollte die Stelle, da er keine Kinder hatte, einem Verwandten übergeben. Ein Bruder von ihm, der Zimmermann K. aus Lübeck, strengte darauf eine Klage an, und nach einem längeren Prozeß wurde ihm auch wirklich die Stelle zugesprochen. Nun hat dieser aber die Stelle an einen auswärtigen Landwirt verkauft und letzterer auch die Stelle bereits übernommen. Die Geschwister des Verkäufers erblicken hierin aber einen Verstoß gegen das Testament und wollen deshalb gegen den Bruder klagbar werden.

Hamburg. Opfer der Wellen. Am Sonntag ertrank im Ellerholzhafen der an Bord des Dampfers „Dania" bedienstete Matrose Reuter. R. wollte mit mehreren Personen der Schiffsbesatzung in einer Jolle zum Dampfer fahren. Beim Wricken stürzte R., der stehend im Boot fuhr, über Bord und ertrank trotz sofortiger Rettungsversuche. Seine Leiche wurde geborgen und in die Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht. — Im Kirchenpauerhafen ist der Kastenschutenschiffer Gilster ertrunken. G. fiel am Sonnabend abend beim Anbordgehen des Schleppdampfers „Bd. Blumenfeld III" ins Wasser und fand seinen Tod. Die Leiche wurde aufgefischt und in die Leichenhalle beim Lübeckertor geschafft.

Kiel. Bei der Kollision zwischen dem Linienschiff „Hessen" und dem Dampfer „Argo" ist, wie nachträglich bekannt wird, der Obermaschinistenmaat Kupka schwer verunglückt. Er erlitt verschiedene Quetschungen, die seine sofortige Überführung ins Lazarett erforderlich machten. Die Reparaturen am Linienschiff „Hessen" werden 14 Arbeitstage in Anspruch nehmen. Der Dampfer „Argo" wurde nach der Werft der Howaldtswerke geschleppt, um dort repariert zu werden.

Bremen. Zum Lohnkampfe der Staatsarbeiter. Am Sonntag morgen nahmen die bremischen Staatsarbeiter in einer von über 1700 Personen besuchten Versammlung die Berichte der Arbeiterausschüsse entgegen. Diese waren von der letzten Versammlung beauftragt worden, nochmals mit den Verwaltungsdeputationen zu verhandeln. Die Berichte riefen in der Versammlung allgemeine Entrüstung hervor. Wo den Arbeitern Zugeständnisse gemacht waren, betrugen sie im höchsten Falle 20 Pfg. pro Tag. Die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit waren entweder abgelehnt oder es war versprochen worden, diese Forderungen noch „in Erwägung zu ziehen". In einzelnen Betrieben wurde den Arbeitern garnichts bewilligt. Die Mehrzahl der Diskussionsredner verlangte unter diesen Umständen die sofortige Arbeitsniederlegung. Es gelang aber schließlich der Verbandsleitung, die erregte Versammlung zu bewegen, für eine Resolution zu stimmen, wonach nochmals mit den Deputationen verhandelt werden soll. Als Grundlage soll für diese Verhandlungen dienen: die sofortige Einführung des 9½stündigen Arbeitstages und die des Neunstundentages von Mitte nächsten Jahres an, eine Mindestlohnzulage für alle Arbeiter von 30 Pfg. pro Tag und bei Krankheitsfällen die Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankenunterstützung. Nach Annahme dieser Resolution verließ ein Teil unter Protestrufen den Saal.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Förderer städtischer Interessen. Genosse Scheidemann, der Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Kassel war, hat infolge seiner Wahl zum Mitglied des Parteivorstandes nach Berlin übersiedeln und infolgedessen sein Stadtverordnetenmandat niederlegen müssen. An die Bekanntgabe dieser Tatsache knüpfte der Stadtverordnetenvorsteher, Geheimrat Pfeiffer, die Bemerkung, daß unser Genosse an den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung, nicht nur stets das größte Interesse genommen und die größte Objektivität bekundet habe; er habe auch stets, wie anerkannt werden müsse, die städtischen Angelegenheiten auf Grund seines Standpunktes zu fördern gesucht. Diese Worte sind um deswillen bemerkenswert, weil nicht nur der Stadtverordnetenvorsteher, sondern neun Zehntel der gesamten Stadtverordneten Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sind. Als Organisation behauptet der Reichsverband bekanntlich, daß die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen nur Unheil anrichte.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Glasmacher! In Altenfeld in Thüringen haben die Flaconglasmacher der Firma Wiegand u. Bulle eine zehnprozentige Lohnforderung gestellt und um Abänderung einiger unangenehmer Arbeitsbedingungen gebeten. Die Firma erklärte sich bereit, einige Verbesserungen durchzuführen, dagegen lehnte sie es entschieden ab, eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Arbeiter beschlossen darauf, die Kündigung am 21. Oktober einzureichen. Die eingeleiteten Verhandlungen sind völlig gescheitert. In Betracht kommen rund 200 Arbeiter. Es werden alle Flaconglasmacher und Schleifer ersucht, die Firma Wiegand u. Bulle in Altenfeld zu meiden.

Beendigung der Lederarbeiteraussperrung in Kirchhain. Nach fast dreizehnwöchentlicher Dauer ist die Aussperrung der Weißgerber in Kirchhain (Niederlausitz) beendet worden. Der Stundenlohn wird für die Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Weißgerber um einen Pfennig erhöht. Nach 1½ Jahren erhöhen sich die Stundenlöhne um einen weiteren Pfennig. Die Zertrümmerung der Organisation, die sich die Kirchhainer Unternehmer und wohl noch mehr die treibenden Kräfte im Unternehmerverband so schön ausgemalt hatten, ist natürlich nicht möglich gewesen. Die Kirchhainer Weißgerber haben bis zur letzten Minute im Kampfe ausgehalten und der Lederarbeiterverband hat seine finanziellen und moralischen Verpflichtungen bis zum Ende des Kampfes getreulich erfüllt.

Aus dem Gerichtssaal.

Mißbrauch der Waffe oder Notwehr? Schon mehrfach ist auf die Gefährlichkeit des Waffentragens außerhalb des Dienstes hingewiesen worden, weil sich schon unzählige Fälle ereignet haben, in denen Militärpersonen auf Zivilisten in der rohesten und brutalsten Weise mit dem Säbel eingeschlagen haben. In den meisten Fällen nimmt aber unsre Militärjustiz Notwehr an und die Rohlinge bleiben unbestraft. Jetzt beschäftigte eine solche Strafsache das Dresdener Kriegsgericht. Der Pionier Lutschke vom Pionier-Bataillon Nr. 12 geriet eines Abends mit zwei Zivilisten in Differenzen, in deren Verlauf er — ohne tätlich angegriffen worden zu sein — mit dem blankgezogenen Seitengewehr auf seine Gegner einschlug. Die Zivilisten trugen erhebliche, stark blutende Kopfverletzungen davon; der eine erhielt außerdem einen Stich durch den rechten Unterschenkel und war drei Wochen in ärztlicher Behandlung. Das Kriegsgericht, vor dem Lutschke wegen gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe angeklagt war, nahm jedoch Notwehr an und erkannte auf Freisprechung!

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. bis 21. Oktober 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

12. Oktober. Maler J. B. H. Haaren. Schiffskapitän F. R. K. Wegener. Kutscher W. F. F. Sahmkow. 13. Arbeiter J. A. H. Klötzing. Maschinenbauer J. C. M. Schroder. Stellmacher C. G. H. F. Klüver. 14. Brauer M. H. O. Ohnesorge. Arbeiter C. W. C. Berg. Schmied H. C. M. Pralow. 15. Arbeiter J. H. F. Denker. Maschinenschlosser R. A. F. Bastine. 16. Arbeiter H. W. L. Bremer. Kaufmann J. J. Havemann. 17. Mechaniker F. F. H. Renzow. 18. Prokurist R. F. Ansorg. Vorzeichner A. Kontradowitz. Kaufmann H. E. Jenne. 19. Holzarbeiter J. N. H. Dürkop. 20. Arbeiter C. F. J. Schomann.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

6. Oktober. Arbeiter J. J. H. Wienk. 9. Tischler J. P. Neff. Tischler H. C. J. Dettmann. Tischler J. W. C. Ebell. 10. Hafenarbeiter H. K. F. W. Sukop. 14. Heizer H. H. W. Kaben, Kaufmann P. F. E. Scheel. 15. Schlosser H. F. H. Leege. Straßenbahnführer R. Lederer. Schlosser H. H. Minde. Arbeiter W. J. H. Wendt. 16. Tapezier und Dekorateur J. H. A. Mädge. 17. Eisenbahnwagenschieber W. F. H. Chr. Kempke. Kaufmann A. H. Suominen. Eisenbahn-Assistent E. A. Schmidt. 18. Straßenbahnschaffner H. H. W. Molt. 20. Zimmermann F. W. E. H. R. Schmehl. Kaufmann G. F. Jung. 21. Arbeiter H. J. H. Grube. Arbeiter H. Chr. Schwarz (Vorwerk).

Angeordnete Aufgebote.

16. Oktober. Gastwirt F. Boye und M. J. F. Kaetelhöhns, beide in Bad Oldesloe. Oberkellner W. Gripp und E. M. Noldt. Kaufmann W. Th. Schuhmacher in Greifswald und L. Möller in Elmshorn. Hausdiener R. E. A. K. Bartel und E. A. F. Küchenmeister in Rosenow. 17. Arbeiter A. L. Holtz und M. L. B. Röttger. Güterbodenarbeiter W. G. D. Kähning und A. S. D. Flaegel. Arbeiter W. H. A. Hartung und E. L. K. Lentner in Vorwerk. 18. Uhrmacher O. K. F. Liebenow in Schlutup und M. C. F. L. Schmidt. Instrukteur K. W. M. Rosemann in Berlin und E. P. J. S. Krüger. Kaufmann F. H. Schwedt und J. E. Schunck in Hannover. Telegraphenarbeiter K. F. H. Haeggqvist und B. A. E. Jacob. 19. Konsulent der Gewerbekammer Dr. phil. H. Allendorf und E. D. J. Kruska in Breslau. Eisenbahn-Rangierer J. E. F. W. Pusback in Hamburg und M. J. L. M. Hillbrand (Hildebrandt). Sergeant F. J. J. K. Stübe und E. E. H. W. Krull in Tessin. 20. Milchhändler Chr. K. J. Langpap und A. Laß in Hamburg. Rechtsanwalt M. H. M. Bönniger in Ratzeburg und G. A. Ellinghaus. Arbeiter W. J. L. Lüth und A. F. B. Unruh. 21. Maler M. K. W. J. Krüger und E. K. W. Steffen.

Eheschließungen.

17. Oktober. Oberarzt im städt. Krankenhause Dr. med. E. F. A. Wolff in Frankfurt a. M. und A. C. Blunk. Kaufmann P. E. Fischer in Altona-Othmarschen und F. J. O. Schwerdtfeger. 18. Postsekretär F. E. Chr. A. C. Krüger und J. L. Wigger in Steenrade. Rechtsanwalt Dr. jur. P. Brehmer und C. A. Sievers. 19. Hausdiener P. Mrusek und M. A. W. Niehus in Hamberge. 20. Schlossergeselle A. G. J. Währer und E. A. K. Dreyer. Bureaugehilfe H. H. L. Hasemann und E. K. Niebuhr. Sergeant Chr. F. Kröger und A. E. K. Weiß. Vizefeldwebel A. K. B. Passow und R. Laß. Pastor H. F. Siemonsen in Kuhlen bei Rickling und W. Ch. L. Hausberg. Steuermann K. H. Straatmann in Hamburg und A. Kiesewetter. 21. Arbeiter H. H. Möller und A. K. M. Meier in Hof Niemark. Hausmeister E. A. M. H. Th. Mett und F. L. W. M. Hillbrandt. Dreher B. H. E. Hintzpeter und A. M. L. Koth in Roxin. Arbeiter H. J. Chr. Hussfeldt und E. M. A. Kraffert. Schmied W. K. H. Friborg in Neu-Ruppersdorf und M. E. J. K. Kruse. Tischlermeister W. F. A. Kulp und M. D. E. Neelsen. Arbeiter J. H. E. Möller und die geschied. A. K. S. Lund geb. Möller. Hausdiener A. A. K Soltow und E. H. Muhs. Arbeiter J. H. B. Busch und K. H. A. Meyer. Prokurist E. E. E. Witt und C. L. H. Weseloh.

Sterbefälle.

14. Oktober. Schneider L. Chr. H. Bützow, 54 Jahre. Schlachtermeister A. J. Th. F. Gölnitz, 48 J. 15. K. H. Chr. A. Lüders, 2 J. C. M. C. geb. Stender, Ehefrau des Arbeiters H. J. H. Kalkhorst, 37 J. 16. A. E. H. geb. Bauer, Ehefrau des Arbeiters C. H. Lehmann, 53 J. L. W. J. geb. Schumann, Witwe des Matrosen M. H. Wendelborn, 80 J. Arbeiter C. J. F. Bütow, 78 J. A. Kopka, 38 J. 17. J. J. A. geb. Frenzel, Ehefrau des Steuer-Kanzlisten C. H. O. Rehberg, 58 J. Ein Mädchen, 9 Stunden. B.: Eisenbahn-Wagenschieber W. F. H. Chr. Kempke. K. E. Chr. Rohwedder, 64 J. W. C. H. Kletzien, 2 M. 18. Arbeiter F. H. L. Meinhardt, 49 J. Zieglermeister Chr. C. F. Grothkopp, 65 J. Gefunden in der Wakenitz: Die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts. Konventualin E. F. E. Raspe, 75 J. 19. Sergeant (Waffenmeister-Unteroffizier) K. W. J. F. Klünder, 27 J. Privatmann F. A. H. Peters, 80 J. K. L. A. Pries, 2 M. Chr. R. D. geb. Rath, Witwe des Arbeiters H. F. Tamm, 60 J. 20. H. L. A. Gruhn, 8 M. Früherer Tierarzt J. F. Hamelau, 73 J. Krämer J. J. H. Wittfoth, 52 J. Arbeiter K. Chr. J. Moll, 70 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kathreiners Malzkaffee schmeckt gut, ist gesund und — billig.

Der Erfolg macht's!

Für die vielen Geschenke und Gratulationen, anläßlich unserer Hochzeit, sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Saalfahrern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins unsern herzlichsten Dank.

Joh. Busch und Frau
geb. Meyer.

Geübte Anlegerin

zu sofort gesucht
Buchdruckerei d. Lüb. Volksbote.
Johannisstraße 46.

Ein Zimmer u. Küche

zu vermieten.
Engelswisch 29.

Eine freundl. Wohnung

zu sofort oder später zu vermieten.
Depenau 3.

Billig zu vermieten freundliche
Zwei-Zimmer-Wohnungen
von 185 Mk. an.
Näh. Chaisotstr. 18, pt. vorn.

Handgestickt. Bluse, graues Kostüm 3 Mk. und Kindersachen zu verkaufen. Mittelstraße 1.

Junge Frau nimmt ein Kind in gute Pflege. Offerten unter M S an die Expedition d. Bl.

Zugelaufen ein grauer Hund.

Abzugeben gegen Futterkosten.
Näheres Rosenstraße 18/3.

Sämtliche Reparaturen

an Fahrrädern und Nähmaschinen aller Systeme werden in kürzester Zeit bei billigster Berechnung prompt ausgeführt.
Sämtliche Ersatz- u. Zubehörteile
stets am Lager.
Heinr. Körner,
Gr. Burgstr. 23.
Fernruf 1685.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Für unsere Leser!

Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text bieten wir unseren Lesern
zum Ausnahmepreis von **3.—** Mk. an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Visitkarten

liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :

Schweinefleisch

Pfund **50** und **60** Pfg.,
Geräuch. fetten u. durchwachsenen
Speck
Pfund **65** Pfg.

Bestes Schmalz....	„	80
Schweinebratenstücke	„	65
Karbonade mit Fett	„	65

14 Markthallenstand 14.

Heute und folgende Tage:
Junges fettes Hammelfl. Pfd. 60 Pf.
Keule . . . . . 70 Pf.
liefert **Fritz Möller**
Wakenitzmauer 86 b. d. Gr. Gröpelgr.

Ein Posten dunkle
Herren-Winterpaletots
Wert bis 24 Mk.
jetzt Stück 12 Mk.
F. Jürgensen,
Ecke Schwartauer u. Fackenburger Allee.

Gesangverein „Eintracht".

General-Versammlung

Donnerstag, 26. Oktbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung über die Verschmelzung zum Sängerchor.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Liederabend.
4. Weihnachtsfest.
5. Maskenball resp. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Gasthof Kl.-Mühlen

Am Sonntag, 29. Oktober:
Unterhaltungs-Abend
der
organisierten Frauen
von Schwartau-Rensefeld.
Eintritt 30 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
B. Studt.

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:

Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund.
Mk. **3.—**

Ch. Dickens ausgewählte Werke
2 Bände, elegant gebunden Mk. **3.—**

Ferner sind wieder eingetroffen:

Fritz Reuters Werke
in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. **3.—**

Als Nachschlagebuch:
Der Ratgeber für das praktische Leben.
Elegant gebunden Mk. **2.75**

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Oeffentlich,

Eintritt frei.
Im Auftrage der **Literarischen Gesellschaft zu Lübeck** hält am Donnerstag, dem 26. Oktober, abends 8 Uhr im „Kolosseum" Herr Dr. Wolf-München einen Vortrag über
Lesegemeinden.
Nach dem Vortrag Diskussion.
Jedermann ist freundlichst eingeladen.

HANSA-THEATER

Täglich abends 8¼ Uhr:
Origin.-Parisiana-Gastspiel
mit d. neuest. Schlag. d. Saison.
Das starke Stück.
Schwank in 1 Akt von Jul. Heck.
Er — Sie und Jener.
Schwank i. 1 Akt v. Neumann-Hofer
!! BEREGISS !!
Drama in 1 Akt v. André de Lorde und P. Chaine.
Die unmoralische Wohnung
Schwank in 1 Akt v. Alex. Engel.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten wochentags gültig.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von **Hans Kraemer** in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrass 46.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 25. Oktober. 8 Uhr.
Außer Abonnement!
Bei kleinen Preisen!
Auf vielseitiges Verlangen!
Nochmalige volkst. Aufführung!
Glaube und Heimat.
Schauspiel von Karl Schönherr.

Donnerstag, 26. Oktober. 7½ Uhr.
Gastspiel Fina Widhalm
vom Stadttheater in Köln.
Aïda.
Große Oper von Verdi.
Aida — — Frl. Widhalm a. Gast.

Freitag, 27. Oktober. 7½ Uhr.
Zum 1. Male! Neu!
Tantris der Narr.
Drama von Ernst Hardt.

Stadthallentheater.

Dienstag, 24. Oktober. 8 Uhr.
Einmaliges Gastspiel
Bozena Bradsky.
Lustiger Abend.
Vorher: **Die Hasenpfote.**
Tragikomödie von Brennert.
Gewöhnliche Preise!
Dutzendkarten ungültig.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14, und **Roß**, Kohlmarkt 13.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 249. Dienstag, den 24. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Das Hilfskassengesetz in der Kommission.

Am Sonnabend wurde zunächst die Debatte darüber zu Ende geführt, ob das jetzige Hilfskassengesetz aufgehoben oder nur in einzelnen Punkten abgeändert werden soll. Aus der Aussprache ist ganz besonders hervorzuheben die Erklärung des Ministerialdirektors Caspar über die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Aufsichtsamt der Privatversicherung. Nach dem Gesetze sollen solche Vereine dem Aufsichtsrat nicht unterstellt werden, die keinen Rechtsanspruch auf die den Mitgliedern zugesagten Unterstützungen gewähren. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die Rechtspraxis auch solche Vereine dem Aufsichtsamt unterstellt hat, welche zwar statutengemäß einen solchen Rechtsanspruch nicht gewähren, aber in der Regel die Leistungen ihren Mitgliedern zugute kommen lassen. Sie sprachen die Befürchtung aus, daß auch die Gewerkschaften unter diesen Umständen unter das Aufsichtsamt gestellt werden können. Hierauf erwiderte der Ministerialdirektor, daß eine solche Auslegung des Gesetzes ganz ausgeschlossen ist. Es stehe fest, daß die Gewerkschaften es ernst damit meinen, wenn sie einen Rechtsanspruch auf ihre Unterstützungsleistungen ausschließen. Die Gewerkschaften müßten damit rechnen, daß sie zu einer Zeit all ihre Mittel zu irgend einem Streik aufwenden müßten. Jene Auslegung des Gesetzes, von der die Sozialdemokraten gesprochen haben, könne sich nur gegen Schwindelkassen richten. Außerdem wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß kleine lokale Kassen seit langem eine gegenseitige Tätigkeit entfaltet haben, obgleich die versicherungstechnische Grundlage dieser Kassen sehr schwach ist. Wenn das Aufsichtsamt diese Kassen auf die Sicherheit der von ihnen versprochenen Leistungen gewissenhaft prüfe, würden die meisten Kassen nicht zugelassen werden und das sei ein großer Nachteil für die Kassenmitglieder. Der Ministerialdirektor erklärte hierauf, daß in solchen Fällen das Aufsichtsamt nicht so scharf urteilen dürfe und solche Kassen, sofern sie reell geleitet sind, auch nicht beanstandet werden könnten. Schließlich wiesen sämtliche bürgerliche Parteien den Antrag der Sozialdemokraten, der die Beibehaltung des Hilfskassengesetzes mit den notwendigen Änderungen erstrebte, ab und stimmten dann dem Entwurf der Regierung im Prinzip zu daß also das Hilfskassengesetz aufgehoben und die Hilfskassen dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Im weiteren Verlauf der Beratungen brachten die Sozialdemokraten zwei Anträge ein, die sich auf die Geltung und Handhabung des Vereinsgesetzes beziehen, soweit dasselbe im engsten Zusammenhang mit dem Hilfskassenwesen steht. Sie beantragten, daß von dem neuen Gesetz die Vorschriften des Reichs-Vereinsgesetzes unberührt blieben und ferner das Recht der Reichsangehörigen gelte, sich auch über die Polizeistunde hinaus zu versammeln und ohne Einigung oder Überwachung der Behörde nicht öffentlich, also nicht jedermann zugängliche Versammlungen abzuhalten. Die Sozialdemokraten erinnerten an die letzten Debatten im Reichstage, in denen von fast allen Parteien Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes und über die Schikanierung der Arbeiter mittels Verhängung der Polizeistunde erhoben wurde. Hiermit ist jetzt die Gelegenheit geboten, das geltende Vereinsrecht dahin zu interpretieren, wie es die überwiegende Mehrheit des Reichstags als einzig zulässig erklärt hatte. Trotzdem stimmten die bürgerlichen Parteien gegen diese beiden Anträge. In der Aussprache über das Verhältnis der Hilfskassen zu dem Vereinsgesetz antwortete der Zentrumsabgeordnete Becker auf die Darlegung der Sozialdemokraten mit der Erklärung: auch sie würden zu einem späteren Paragraphen einen Antrag stellen, durch welchen die Möglichkeit, die Gewerkschaften nach diesem neuen Gesetz zu schikanieren, ausgeschlossen werde. Das wollte das Zentrum mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung unserer politischen Verhältnisse tun, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten, wenn sie zur Regierung gelangt sind, die christlichen Gewerkschaften schikanieren könnten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie gern jeder Maßnahme zustimmen, die eine Schikanierung der Gewerkschaften unmöglich machen würde, gleichgültig, welche Partei einen solchen Antrag gerichtet hat. Nach dem Regierungs-Entwurf hatten die Versicherungsvereine eine Rücklage mindestens im Betrage der Jahresausgabe nach dem Durchschnitt der fünf letzten Jahre und erhielten sie auf dieser Höhe. Solange die Rücklage den vorgeschriebenen Betrag nicht erreicht, ist ihr mindestens ein Zehntel des Jahresbeitrags der Mitgliederbeiträge zuzuführen. Auf Antrag des Abgeordneten Behrens wurde die Zuführung auf ein Zwanzigstel von der Kommission einstimmig herabgesetzt.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Montag vormittag statt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Kommission zunächst das Versicherungsgesetz für Angestellte beraten sollte; da die Zeit, die dem Reichstage überhaupt noch zur Verfügung stehe, sehr kurz sei, so erscheine es dringend notwendig, erst die wichtigste Arbeit zu leisten und die Beratung des Hilfskassengesetzes auf später zu verschieben. Die bürgerlichen Parteien lehnten jedoch den Antrag der Sozialdemokraten ab und beschlossen, am Montag in der Beratung des Hilfskassengesetzes fortzufahren.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 23 Oktober 1911.

195. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, von Schorlemer.

Auf der Tagesordnung stehen die

Teuerungs-Interpellationen.

Die Zentrums-Interpellation spricht von der außergewöhnlichen Preissteigerung der Nahrungs- und Futtermittel und fragt bei dem Reichskanzler an, welche Maßnahmen er zu veranlassen gedenke, um bestehenden oder drohenden Übelständen

ohne Schädigung der einheimischen Produkte

entgegenzuwirken.

Zur Begründung erhält das Wort

Dr. Spahn (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich). Redner scheint sich gegen Aufhebung der Futtermittelzölle auszusprechen und sich ebenfalls gegen generelle Aufhebung der Einfuhrscheine zu wenden. Jedoch empfehle sich vielleicht eine zeitweise Beschränkung der Einfuhrscheine auf Roggen und Weizen. Einen wirklichen Notstand, der eine Änderung des im Interesse der Landwirtschaft geschlossenen Schutzzollsystems rechtfertigen könne, erkenne das Zentrum nicht an.

Die sozialdemokratische Interpellation lautet: „Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um der

notorischen Teuerung der notwendigen Lebens- und Futtermittel,

die zu einer Kalamität für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Scheidemann (SD.): Wenn auch die Mehrheitsparteien nicht mehr den Mut gehabt haben, jeden Notstand zu bestreiten, so haben sie doch den Mut gehabt, jedes Mittel zur wirksamen Abhilfe abzulehnen.

Das Hungergespenst klopft vernehmlich an die Türen des werktätigen Volkes.

Diese Tatsache kann durch die wüste Kriegshetze gewissenloser Imperialisten nicht übertönt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch im Auslande herrscht eine ungewöhnliche Teuerung. In Belgien und Frankreich, wo die Arbeiter nicht die Lammesgeduld und auch nicht die gute Organisation der deutschen Arbeiter haben, ist es schon zu

Hungerrevolten

gekommen. In Wien hat es Blutvergießen gegeben, weil die Polizei dort nicht hinter den Leistungen der Moabiter Polizei zurückbleiben wollte. In Deutschland ist es erfreulicherweise noch nicht zu Unruhen und unangenehmen Zwischenfällen gekommen. Das ist umso erfreulicher, als der Notstand umso schlimmer ist, weil die Teuerung bei uns mit einer außerordentlich großen Wohnungsnot zusammenfällt. In Berlin wohnen 90 000 Menschen in Kellern, Brutstätten der Schwindsucht. (Hört, hört! bei den Soz.) In Kleinstädten sieht es nicht besser, vielfach sogar schlechter aus, denn die Hausagrarier sind sich überall gleich. Ein gewisser Trost besteht darin, daß die Not nicht allen voll zum Bewußtsein kommt, weil seit Jahrzehnten

die Volksmassen ans Hungern

gewöhnt sind. Darauf läuft ja die ganze agrarische Politik heraus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einer kleinen Clique werden eminente Vorteile zugeschanzt. Die Grundrente ist gestiegen und die ostelbischen Granden haben zum Teil fabelhafte Preise für ihre Güter erzielt. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber die Lammesgeduld des deutschen Volkes ist jetzt gewissermaßen ins Wanken gekommen. Dazu hat beigetragen ein elementares Ereignis: die

außerordentliche Dürre dieses Sommers.

Die Dürre hat Mißernten im Gefolge gehabt und die Mißernten haben bewirkt, daß ein großer Teil des Volkes sich nicht satt essen kann und Tausende kleiner Landleute unter der Futternot leiden. Das gesamte werktätige Volk — dazu rechnen nicht nur die Arbeiter, sondern auch Handwerker, kleine Beamte usw. — befindet sich in großer Notlage. Die Beamten in Staat und Gemeinden petitionieren um höhere Gehälter und Notstandszulagen. In der Tat hat die agrarische Politik dazu geführt, daß die kleinen Zulagen durch die ungeheure Teuerung der Lebensmittel zehnfach wieder wett gemacht werden. Nicht nur die Fleisch- und Brotpreise sind gestiegen, Gemüse ist kaum noch zu beschaffen; für Milch, Obst, Butter werden wahre Hungersnotpreise bezahlt. Durch die große Futternot sind viele Viehzüchter genötigt gewesen, ihr Vieh zu verkaufen. Dadurch fielen die Viehpreise etwas, jedoch nicht in gleicher Weise, wie die Fleischpreise, weil die Metzger dem Steigen der Viehpreise schneller als dem Fallen folgen. Man muß allerdings auch die Gründe der Fleischermeister hören. Ich fühle mich aber nicht verpflichtet, dieselben zu verteidigen, das wird schon nachher der Kollege Kobelt gründlich besorgen. (Heiterkeit.) Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, sind im Preise, letzteres ganz enorm, gestiegen. Die Kartoffelpreise haben sich verdoppelt. (Hört, hört! bei den Soz.) Eier sind geradezu Luxusartikel geworden, Milch kostet jetzt schon 26 Pfg. das Liter. (Hört, hört!) Die Gemüsepreise sind in unglaublicher Weise gestiegen. Gewiß besteht auch im Auslande Teuerung, aber es ist ein großer Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den Preisen hier in

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

So schloß sie einen richtigen Vertrag mit ihm, wozu sie sich schließlich gezwungen sah, als er ihr haarscharf bewiesen zu haben glaubte, daß Günther unbedingt ihr gemeinsamer Sohn sein müsse. Er führte alles ins Treffen: seine Berechnung, nachdem ihm Frobel junior den Geburtstag genannt hatte; ihren jauchzenden Brief mit der Nachricht, daß endlich ihre gesunde Natur gesiegt habe; verschiedene Wesensübereinstimmungen zwischen ihm und dem Jungen, die sich in den Nachtstunden offenbart hätten; und schließlich seine unerschütterliche Überzeugung, seinen Scharfblick, seinen genialen Instinkt für ganz natürliche Dinge. Habe er sich nicht immer ganz besonders nach dem Wohlergehen dieses einen erkundigt? Sollte das nur bloßer Zufall gewesen sein? Nein, nein! Die Mystik des Vaterherzens, die unerklärliche Gedankenübertragung habe ihn nur immer dazu gedrängt, zu wissen, wie es diesem Herrlichen ergehe. Niemals aber habe er sich störend in ihr „Familientête" hineindrängen wollen. Nun aber, bei diesen köstlichen Bummel-Zwiegesprächen, habe er die Künstlerseele in Günther Frobel entdeckt. Seine Künstlerseele. Allerdings eine schon mit prosaischen Dingen durchsetzte Künstlerseele, aber immerhin doch noch eine mit dem gleichen Schrei nach Lebensfreudigkeit. Woher denn sonst Günthers Neigung zur Kulisse? Wenn auch in das Reich Amors übertragen. Aber auch daraus spräche die Wahrheit, denn das habe er von seiner Mutter, von der schönen Ernestine, die einst behauptet habe, ohne „ihren Tenor" nicht leben zu können!

Alles das malte Dedo Emmerich wieder al fresco, so ins Überschwengliche, mit der stolzen Kopfbewegung des großen Bühnenzigeuners, dem, frei nach Shakespeare, die Worte wohlfeil wie Markstücke sind. Und zwischen hindurch stahlen sich Herzenstöne, gleichsam unterdrückte Klagelaute eines gekränkten Vaters.

Frau Frobel wehrte sich zwar dagegen, indem sie mit dem Kopfe schüttelte und überlegen lächelte, aber es geschah doch in der Art einer Frau, die diese Frage offen lassen möchte. Sie fühlte sich schon matt, nicht mehr geneigt zum Streiten über diesen Punkt, denn ihr Gewissen riet ihr, mehr zu schweigen als zu reden.

Plötzlich tauchte doch vor der Zeit Herr Dietrich Frobel auf, denn er konnte sich diese lange Konferenz nicht erklären. Auch lockte ihn sein geliebter Spaziergang durch die Kontore, den er heute noch nicht unternommen hatte. Natürlich war er erstaunt, den Sänger Emmerich hier zu sehen.

„Bon soir, bon soir, wie geht's, wie geht's?" begann er trotzdem ganz gemütlich. „Das dachte ich mir schon. Wohltätigkeitsdinge, wie? Sie sollen singen, nicht wahr? 'n est ce pas? Wer hat mir das doch gleich gesagt . . ."

Es hatte zwar niemand eine Silbe davon gesprochen, aber manchmal sah er solche Dinge voraus, oder dachte sie sich doch zum mindesten.

Und er streckte Emmerich freundschaftlich die Hand entgegen und bat ihn, sich durchaus nicht stören zu lassen, denn er wisse wohl, wie übel das seine Frau vermerke. Wieder die Zigarre zwischen den Lippen, die Hände in den Hosentaschen, wollte er nach rechts hinein seinen Defilierweg nehmen, aber Ernestine hielt ihn zurück. Und sie sagte ihm mit dürren Worten, daß sie soeben mit Herrn Emmerich übereingekommen sei, ihm, wie er es angeregt habe, eine Anstellung im Geschäft zu geben und zwar im Musterlager, wo man ja, besonders der auswärtigen Kunden wegen, eines Repräsentanten bedürfe. Das übrige werde sich noch finden."

„Das ist ja charmant, ganz charmant", warf Frobel senior lachend ein, obgleich die Sache sehr ernst war. Dann richtete er tiefsinnig seine Augen nach unten. „Aber erlauben Sie mal —: ich habe Sie doch schon im Musterzimmer gesehen — vor kurzem erst. Sie sind doch schon bei uns in Stellung. Natürlich, natürlich. Vraiment."

Er war wieder völlig konfus, und so schwebte ihm nur sein Gang mit Emmerich neulich durch das Geschäft vor, wobei sie längere Zeit im Musterzimmer verweilt hatten. Bei solcher Vergeßlichkeit sortierte er die Menschen ganz willkürlich in seinen Gehirnkasten und brachte sie ebenso willkürlich mit den Ereignissen zusammen.

Er war erst beruhigt, als seine Frau ihn aufgeklärt hatte. Und so gratulierte er dem Sänger mit einem Handschlag und fügte, diesmal ganz der Geschäftsfürst, im Gönnerton hinzu: „Hoffentlich fühlen Sie sich wohl bei uns. Sie werden in mir immer einen gerechten Chef sehen. Toujours."

Nach diesem kleinen Triumph kehrte er den beiden den Rücken zu und spazierte stolz von ihnen hinweg, um seine Würde als Chefgemahl den anderen dort drinnen vor Toresschluß noch zu zeigen.

„Ist er immer so?" fragte Emmerich lachend.

Frau Frobel, die das Mitleid heraushörte, wurde rot. „Wieso?" fragte sie gemessen. „Hat er Ihnen etwas zuleide getan? Lassen wir doch das. Er ist ein durchaus anständiger Charakter." Und sie begann trocken, geschäftliche Dinge mit ihm zu besprechen, als säße ein Fremder neben ihr und nicht der Mann, dem sie sich in grenzenloser innerer Verzweiflung, fast mit gebundenen Händen, ausgeliefert hatte.

Herr Dietrich Frobel kehrte zurück und brachte wie ein großes Kind seine Freude darüber an, daß ihm wohl nichts anderes übrig bleiben werde, als wieder „persönlich einzugreifen". Natürlich meinte er das Geschäft.

Emmerich, ein bezeichnendes Lächeln im aufgeschwemmten Gesicht, betrachtete ihn aufmerksam, ungefähr wie einen Kranken, an dem man seinen Gefallen hat. Unablässig folgte ihm sein kluger Blick, der ihn schließlich von unten bis oben umfaßt. Und als das Ernestine bemerkte, ging ihr Atem schneller, weil sie sich in diese Lächerlichkeit mit hineingezogen fühlte. Immer sah sie den verschmitzten Menschenkritiker vor sich, der ihren armen Mann gleichsam zerlegte und sie selbst dabei am meisten peinigte.

„Nun werden Sie doch mit uns essen, lieber Freund, nicht wahr?" sagte Frobel dann und behandelte die Sache als ganz selbstverständlich, denn die fixe Idee kam ihm plötzlich, daß Sänger Emmerich eine Art Vertrauensposten einnehmen müsse, schon der alten persönlichen Beziehungen wegen. „Hübsch, daß Sie uns eine Stütze sein wollen. Sehr gut, tres bien. Natürlich besonders meiner Frau. Es gibt keine bessere Frau auf der Welt, keine. Immer groß, immer gut, niemals nachtragend, Jamais."

Und er machte mit der flachen Hand einen großen Luftstrich, um anzudeuten, daß damit alle bisherigen Widerwärtigkeiten zwischen den beiden ausgelöscht seien; soweit sie natürlich zu seiner Kenntnis gelangt waren.

Ernestine blickte ihn erschreckt an, so mit der inneren Wut einer Frau, die am liebsten das Wort „verrückt" gebrauchen möchte. O, ahnungsloser Gentleman, du! war ihr einziger Gedanke. Und sie war sich niemals so beschämt vorgekommen, als jetzt zwischen diesen beiden Männern.

Dann aber kam ihr plötzlich ein kluger Einfall. „Herr Emmerich wird wohl heute kaum Zeit haben," wandte sie ein, in der bestimmten Erwartung, daß dieser Wink verstanden werde. Der Sänger aber blieb taub dagegen; er übersah sie gewissermaßen und nahm, zu Frobel gewendet, dankbar an.

„Na, siehst du," sagte Herr Dietrich in ganz gehobener Stimmung zu seiner Frau und trompetete sein Idiotenlachen hervor.

Deutschland. Also es ist nicht bloß die Dürre, sondern es ist auch die ganze agrarische Wirtschaftspolitik, die an diesen hohen Preisen schuld ist. Zu den Zöllen treten noch die

schikanösen Sperrmaßregeln.

Wohl die Nähe der Wahlen ist Ursache, daß die Regierung das neue Viehseuchengesetz noch nicht in Kraft zu setzen gewagt hat, obwohl es schon vor zwei Jahren verabschiedet ist. Tritt dieses Gesetz in Kraft, dann werden wir Wunder erleben, dann können die Agrarier auch das letzte Loch an der Grenze zustopfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und da wagt man es, von hygienischen Gründen zu sprechen. Die verwöhnten Passagiere I. Klasse auf den Dampfern werden mit argentinischem Fleisch verpflegt; dem deutschen Volk aber in seiner Gesamtheit soll das argentinische Fleisch schaden. Aber wahrhaftig: nicht dem Magen des deutschen Volkes schadet dieses Fleisch, sondern seine Einfuhr könnte dem Fleischwucher schaden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Fleischbeschaugesetz hat man aus einem Sanitätsgesetz zu einem agrarischen Gesetz gemacht, nicht zu einem Gesetz zugunsten der Bauern, sondern zu einem Gesetz zugunsten der Großgrundbesitzer. Allen Maßnahmen für die Volksgesundheit stimmen wir rückhaltlos zu; aber der agrarischen Mehrheit kam es bei diesen Gesetzen nicht darauf an, die Volksgesundheit zu sichern, sondern den Profit zu erhöhen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine ganz besonders bösartige Erscheinung sind die Einfuhrscheine. Bekanntlich beruhen die Einfuhrscheine im Prinzip darauf, daß bei der Ausfuhr der bei der Einfuhr gezahlte Zoll zurückgezahlt wird. Durch die Beseitigung des Identitätsnachweises, welcher feststellte, ob es sich wirklich um dasselbe Getreide handelt, wurde es ermöglicht, daß für jedes Quantum Getreide, das überhaupt aus Deutschland ausgeführt wird, ein Zollbetrag in Gestalt der Einfuhrscheine, der überhaupt nicht gezahlt worden ist vergütet wird. Also unsere agrarischen Patrioten, die die deutsche Brotfrucht aus dem Lande hinausbringen, um bei uns das Angebot zu verringern, erhalten dafür noch eine Prämie. (Hört, hört! und Zurufe b. d. Soz.) Das ist in der Tat eine

Brotwucherprämie.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir liefern den Russen die Brotfrucht billiger, als sie uns das Schweinefutter. (Hört, hört!), aber wer bei uns gegen dieses System redet, heißt vaterlandsloser Geselle, heißt Hetzer und die Machtmittel des Vaterlandes werden gegen ihn aufgeboten. In einer Versammlung von Tausenden von königlich preußischen Eisenbahnarbeitern wurde die allgemeine Unterernährung dieser Kategorie festgestellt. Als aber Abg. Hoffmann in dieser Versammlung erschien, lediglich, um sich zu informieren, wurde er aufgefordert, den Saal zu verlassen, weil sonst Maßregelungen erfolgen würden. Hoffmann verließ darauf den Saal, aber es folgten ihm Tausende von Eisenbahnarbeitern. Nach seinem Weggang verlas der Vorsitzende die Entschuldigungsschreiben der nicht erschienenen bürgerlichen Abgeordneten. Also die Eingeladenen kommen nicht und der Abgeordnete, der seine Pflicht tut, wird herausgeschmissen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man spricht nun von Lohnerhöhungen, die in den letzten Jahren erfolgt seien und durch die die Erhöhung der Lebensmittelpreise wettgemacht würde. Aber das stimmt nicht. In den Jahren von 1907 bis 1911 haben die preußischen Bergarbeiter

170 Millionen Lohnausfall

erlitten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es wird dann auch wieder einmal auf die Kruppschen Werke verwiesen. Wie wenig die Kruppschen Werke Musteranstalten sind, wurde neulich in einer Ortsversammlung der christlichen Metallarbeiter festgestellt. Es hieß da, daß die Kruppschen Arbeiter garnicht dazu kommen, ihre Kinder zu sehen, weil dieselben noch schlafen, wenn sie weggehen, und schon schlafen, wenn sie von der Arbeit wiederkommen. (Hört, hört!) Ich komme zurück auf die Einfuhrscheine. Damit das Ausland Getreide billiger bekommt als wir, müssen wir ungeheure Summen für die Einfuhrscheine zahlen. 1910 sind 123 Millionen für sie bezahlt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich möchte den sehen, der die Stirn hat, den Notstand zu bezweifeln. Hat auch die Regierung sogar den Notstand anerkennen müssen, indem sie für Futtermittel, Kartoffeln und Fische Frachtermäßigungen zugestand. Bezeichnend ist es allerdings, daß bei dieser Notstandsaktion die Konsumvereine ausgeschlossen wurden und daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die ganze Aktion noch entschuldigen zu müssen glaubte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Außerdem wurde die Gelegenheit zu einem

neuen Entgegenkommen gegenüber den Schnapsbrennern

benutzt. Aber was soll man von einer Regierung anders erwarten, deren früheres Mitglied Podbielski einmal offen zugestanden hat, daß er selbst nicht glaube, was er im Reichstage gesagt habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Abgesehen von den genannten Maßnahmen hat die Regierung nichts getan und hat alles den Gemeinden überlassen. Sie hat den Gemeinden dabei Vorschläge gemacht, die eine Ausschaltung des Zwischenhandels, also des Mittelstandes, bedeuten, auf den sich die Herren sonst mit ihrer ganzen Politik angeblich stützen. Dieser Vorschlag kennzeichnet die ganze Heuchelei der Gegnerschaft gegen die Konsumvereine. Uns macht man das Eintreten für die Konsumgenossenschaften zum Vorwurf; aber gerade die Antisemiten waren die Gründer von Konsumvereinen. In Zukunft also unterlasse man lieber die Hetzerei gegen die Konsumvereine, man würde sich dadurch nur lächerlich machen, nachdem man jetzt fortwährend auf den Zwischenhandel schimpft. Die Regierung möchte ich jetzt fragen, ob sie etwa glaubt, mit guten Ratschlägen an andere ihre Pflicht erfüllt zu haben? Die Regierungen haben die Verpflichtung, hier helfend einzugreifen. Ich weiß nicht, ob die Herren helfen möchten, aber ich behaupte, zu wissen, daß sie

nicht helfen dürfen,

weil der Bund der Landwirte es nicht duldet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun zur Haltung der Mehrheitsparteien. Manche Teilnahmer an der Durchpeitschung des Zolltarifs von 1902 scheinen gemach Gewissensbisse zu bekommen. Bei den Nationalliberalen ist das allerdings nicht der Fall. Die „Magdeburger Zeitung" hat die Stirn zu schreiben, die Zeit der Teuerung dürfte viel leichter überwunden werden, wenn die Ausgaben für Vergnügungen, Tanzböden, Zigarren usw. eingeschränkt werden. Schlimmer kann man den Schrei des Volkes nach Brot wirklich nicht verhöhnen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders interessant ist die Haltung des Zentrums. Zwischen den Herren Pichler und Heim besteht sein alters ein alter Spahn. (Gr. Heiterkeit.) Der Bauerndoktor Heim, der zweifellos die bäuerlichen Verhältnisse genau kennt, muß hier offenbar den Mund halten. (Zuruf im Zentrum: Abwarten!) Uns würde es lieb sein, wenn Sie ihn reden ließen, denn im Grunde ist die Rede des Herrn Spahn nichts anderes, als eine Abschüttelung Dr. Heims. Über die Rede des Dr. Heim im Bayerischen Landtag habe ich mich königlich gefreut, soweit das einem Sozialdemokraten überhaupt möglich ist. (Heiterkeit.) Herr Spahn hat heute alles das bekämpft, was die christlichen Gewerkschaften fordern. Herr Spahn schloß mit dem Satze, daß die Kirche ihre Völker mahne, ihrem König untertänig zu sein. Ein schlechter Trost für das Volk, zumal auch

Instrumente des Himmels falsch gestimmt

sein können. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die Spahnsche Rede war im Grunde auf das bekannte Wort des Bischofs Henle gestimmt, daß, wer Knecht ist, Knecht bleiben solle. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sieht die innige Seelenverwandtschaft zwischen dem Zentrum und der Rechten. Schrieb doch die „Kreuzzeitung": „Je mehr freie Zeit die Arbeiter haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben". (Hört, hört! b. d. Soz.) Natürlich, je mehr die Arbeiterklasse geknechtet und geschunden wird, je besser geht es den Junkern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Allseitig wird zugegeben, daß das Volk unter einer schweren Not leidet. Unsere Landwirtschaft ist aber leider nicht imstande, genügend Nahrungsmittel zu produzieren. Wir sind also auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln angewiesen. Wenn wir trotzdem die absolut notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln uns künstlich verteuern, so ist das ein ungeheuerlicher Zustand. Angeblich soll diese Verteuerung der Landwirtschaft dienen, tatsächlich dient sie einer kleinen Zahl Großagrarier auf Kosten der städtischen Bevölkerung und auf Kosten der deutschen Bauern. Durch Suspension der Zölle und durch Abschaffung der Einfuhrscheine können wir billiges Brot und billiges Fleisch erhalten sowie billige Futtermittel, damit unsere deutschen Bauern Viehzucht treiben können. Ich frage den Reichskanzler, ob er bereit ist, im Sinne unserer Forderungen zu wirken. Sie werden, Herr Reichskanzler, „ja" sagen müssen, wenn Sie dem Volke einschließlich der Landwirtschaft dienen und dem Hunger begegnen wollen. Sie können nur dann „nein" sagen, wenn Ihnen das Wohlwollen einer kleinen, leider aber politisch mächtigen Kaste über das Volkswohl geht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Freisinnige Interpellation, die nach Maßnahmen gegen die Teuerung fragt, begründet

Oeser (Fortschr. Vpt.): Nach unserer Ansicht ist

diese Verhandlung die wichtigste

der ganzen Schlußsession. Die Naturgewalten haben in diesem Sommer das Werk der schwarz-blauen Wirtschaftspolitik vollendet. Aber gerade außergewöhnliche Umstände sind der Prüfstein für eine Politik. Eine Politik, die in außergewöhnlichen Zeiten versagt, taugt nichts. (Zustimmung links.) Noch sind die Löhne nicht gefallen, aber es besteht die Gefahr, daß auch die industrielle Entwickelung durch die Teuerung der Lebensmittel ins Stocken gerät. Im letzten Grunde ist die Teuerung auf unsere verkehrte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. (Zustimmung links.) Soweit sie durch diese Gesetzgebung herbeigeführt ist, wird sie nicht vorübergehen, ehe nicht die Gesetzgebung geändert ist. Wir verlangen einen schrittweisen Abbau der Zölle. (Lachen rechts.) Die meisten Industrien wollen auf ihren Zollschutz verzichten, wenn dafür die Last der Lebensmittelzölle erleichtert wird. (Lachen rechts.) Früher hat auch das Zentrum ein gewisses Mißtrauen gegen das System der Einfuhrscheine gehabt. Das ist allerdings anders geworden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um das die Reichskasse schädigende System der Einfuhrscheine unter Wahrung der für den Grenzverkehr notwendigen Rücksichten zu beseitigen und besonders die preissteigernde Ausfuhr deutschen Roggens mindestens zu beschränken. Im Interesse der Konsumenten verlangen wir weiter, daß mit der mißbräuchlichen Verwendung sanitärer Bestimmungen zur Verhinderung der Fleischeinfuhr gebrochen wird. Die Ermäßigung der Eisenbahntarife begrüßen wir. Unser Volk ist politisch reif, es weiß, daß es sich hier lediglich um

Machtfragen

handelt. Millionen von Augen blicken auf die Hände des Reichskanzlers. Bleiben die Hände leer, dann wird eine große Enttäuschung Platz greifen und diese Enttäuschung wird aus den Wahlurnen aufsteigen. (Bravo! links.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Die Folgen der diesjährigen Dürre werden zum Anlaß einer allgemeinen Anklage gegen unsere Wirtschaftspolitik genommen. Die großen Mittel, wie die Aufhebung der Zölle, werden lediglich angepriesen, um die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zu beseitigen. (Zustimmung rechts.) Diesem Angriff gegen die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik werden die verbündeten Regierungen, wie bisher, einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. (Beifall rechts.) Das zähe und entschiedene Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik ist für die verbündeten Regierungen wohlbegründete Überzeugung und wir können uns durch die Folgen der diesjährigen Dürre nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir glauben, daß es dem wirtschaftlichen Leben der Nation zum Segen gereicht. (Beifall rechts.) Wir dürfen nicht deshalb zu einem anderen Wirtschaftssystem übergehen, weil es monatelang nicht geregnet hat, sodaß wenig gewachsen ist. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Niemand kann dem Landwirt sein Manko an Getreide, Heu und Kartoffeln ersetzen. Weil das niemand kann, so kann auch niemand den Konsumenten vor den Schäden bewahren, die eine notwendige Folge dieses Mankos sind. (Lachen links.) Es heißt, die bestehende Situation in unverantwortlicher Weise ausbeuten, wenn in sozialdemokratischen Reden und Schriften dem Volke klar gesagt wird, nichts sei leichter. als die bestehende Not wegzuwischen und nur die böse Regierung unter dem Druck der Agrarier wolle es nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das stimmt nicht. (Widerspruch b. d. Soz.) Wir würden gern mehr tun (Zuruf b. d. Soz.: Aber Sie dürfen nicht!), denn uns liegt die Sorge für die wirtschaftliche Wohlfahrt genau so am Herzen wie Ihnen. Sie verlangen die Aufhebung der Zölle oder wenigstens die Suspension der Zölle. Eine Zollsuspension ist sehr leicht der Anfang der Zollaufhebung und daher in einem Lande, das den Schutzzoll für notwendig und zweckmäßig hält, ein gefährliches Experiment. Eine Zollsuspension braucht auch durchaus kein Fallen der Preise mit sich zu bringen und sie ergreift, wie unsere Handelsverhältnisse nun einmal liegen, größtenteils nur den Großhandel. Bis die Wirkung nach unten und zum Konsumenten vorzudringen beginnt, läuft entweder die Zeit der Suspension ab oder die Wirkung wird durch die neue Ernte wieder verwischt. (Sehr richtig! rechts.) Im einzelnen spricht man von der

Suspension der Futtermittelzölle.

Wir haben ja leider eine ungünstige Futtermittelernte gehabt. Aber es scheint mir bedenklich, eine Suspension zu verfügen, von der es zweifelhaft ist, ob sie dem Viehhalter und damit dem Fleischverbraucher überhaupt zugute kommen wird. (Sehr richtig! rechts.) Abgeordneter Spahn hat eine Suspension der Gemüsezölle verlangt. Aber von dem gesamten Gemüseimport gehen 93 Proz. zollfrei ein. Weiter ist das Thema der Einfuhrscheine ausführlich behandelt worden. Es wird in der Presse so dargestellt, als handele es sich hier um die einfachste Sache von der Welt. Dieses System war darauf berechnet, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Produktionsverhältnissen im Lande zu schaffen und hat diesen Ausgleich tatsächlich hergestellt. Deshalb sind auch in den Landesteilen, für die der Ausgleich berechnet war, Landwirtschaft und Handel einig darin, daß an dem System nichts geändert werden möge. (Beifall und Widerspruch.) Wir sind nach eingehenden Erwägungen zu der Ansicht gekommen, daß eine Änderung auf die gegenwärtige Teuerung keinen Einfluß haben würde. (Zustimmung rechts.) Was die Frage der Einfuhr von Vieh und Fleisch anlangt, so besteht ein Verbot lediglich für Rußland und Amerika. Diese Verbote beruhen auf wohlerwogenen sanitären Gründen und wir können unmöglich die im Interesse der Hygiene erlassenen Bestimmungen abändern. Unter dem bestehenden Schutz ist es der deutschen Landwirtschaft gelungen, 95 Prozent des gesamten Fleischbedarfs selbst zu decken. Eine Abhängigkeit vom Auslande würde für uns außerordentlich gefährlich werden. Die Landwirtschaft muß mit allen Mitteln dafür sorgen, daß unser Viehbestand nicht verringert wird. Wir haben nach Mitteln Ausschau gehalten, die eine praktische Wirkung haben können und die ja auch der Abgeordnete Oeser anerkannt hat. Die Preise für Fleisch sind gegenwärtig

nicht abnorm.

Allerdings sind die gezahlten Detailpreise vielfach zu hoch. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß an dieser übermäßigen Spannung zwischen Großhandels- und Detailpreisen weder die Dürre, noch die Wirtschaftspolitik schuld trägt. (Zustimmung rechts.) Nicht schuldlos sind die übertriebenen Darstellungen der Teuerung, in denen sich ein großer Teil unserer Presse monatelang gefallen hat. (Stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum. — Lachen links.) Wir haben uns bemüht, diese Spannung herabzumindern, aber mit einer Ermäßigung der Frachten kann sie nicht wesentlich verringert werden, denn die Fracht für Kartoffeln beträgt von Ostpreußen nach Berlin 30 Pfg. (Heiterkeit.) Zahlreiche Stadtverwaltungen haben mit Erfolg Einrichtungen getroffen, um den Seefischverkauf zu erleichtern. Hoffentlich haben diese Einrichtungen auch über die Zeit der Teuerung hinaus Bestand. Die Kommunen sind am ehesten in der Lage, einem übermäßigen Anwachsen der Detailpreise Einhalt zu tun, weil sie sich den örtlichen Verhältnissen anpassen können. Aber bei allem, was geschieht, wird immer wieder gesagt: ja, wenn wir diese Wirtschaftspolitik nicht hätten, dann würden wir die Not leichter überwinden. (Lebhafte Zustimmung links.) Als unsere Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde, prophezeite man, daß sie

---

Ernestinens einziger Trost blieb, daß sich Emmerich plötzlich verbindlicher zeigte, schon jetzt geneigt, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Aalglatt wand er sich um die Dinge herum und spielte vor Herrn Dietrich den Bescheidenen. Es war merkwürdig: so brutale Regungen er gegen Ernestine empfand — dieser Vornehmling machte einen Strich zu seinen Füßen, der die Grenze zwischen ihnen bildete. Dietrichs einfältiger Blick störte ihn, die Offenheit seines Vertrauens, die Marke Noblesse, die ihm aufgeklebt war, und das „Rührmichnichtan" für unsaubere Naturen sprach.

Frau Frobel setzte sich verbissen ans Haustelephon und kündete Frau Doktor an, daß man einen Gast haben werde; man wolle zu dreien ganz ungestört speisen.

Der bittere Kelch zog auch an diesem Abend noch gnädig an ihr vorüber, denn Gerhard war schon vor dem Essen ausgeflogen, und Günther hatte sich früh schlafen gelegt. Auch Emmerich fiel dann bald ab, nachdem er wie ein Konzertesser geschlungen und ihm der gute Dietrich eine Stunde lang Vortrag über Münzenkunde gehalten hatte, wofür ihm Ernestine niemals dankbar gewesen war. Alle drei wurden nicht warm, und so atmete Ernestine auf, als Emmerich sich mit kleinen Augen empfahl, nun wieder ganz Grazie zu der Hausfrau.

Natürlich hatte er den teuren Mosel wie Wasser getrunken, und so fühlte er sich gerade voll genug, um während der Droschkenfahrt ins unvermeidliche Cafe den von der letzten Nacht noch wüsten Kopf ein wenig auszulüften.

Mit geschlossenen Augen summte er eine Melodie vor sich hin, aber es war nicht das Lied von der Entsagung, sondern von der Anbetung der irdischen Güter. Und etwas von der Dummheit der Weiber lief dann mit unter, der süßen Dummheit, die wohl mit den langen Haaren und dem kurzen Sinn zusammenhing. Ernestine war alt geworden. das hatte er heute, wo sie nicht so zurechtgemacht war, wie neulich, besonders stark empfunden. Und dadurch war er noch mehr gelangweilt worden, als durch das Geschwätz des Kaltgestellten. Er aber, Herr Dedo Emmerich, von seines eigenen Gnaden Sänger e. D., fühlte sich noch sehr jung, wenigstens im Herzen. Der Humor riß ihm die Augen auf, und er lachte breit und herzlich. Die Lebensfreude winkte ihm zu, die in seiner Vorstellung eine junge Person mit Kirschaugen und einer Kleefrisur war; obendrein eine mit Ehrgeiz und dem Verlangen nach dem ewigen Lachen, das er so sehr liebte. Und da er wußte, wo sie zu finden war, so konnte er heute wie Mäcenas vor sie hintreten, denn die Ernestinen doch noch abgeknöpften Banknoten zuckten ihm in der Tasche. Außerdem gab es noch etwas zu feiern: er hatte einen Sohn gefunden, einen herrlichen Sohn. Zwar wollte er das für sich behalten, wenigstens der Kleofrisur gegenüber, denn in den Augen junger Weiber verlor der alte Don Juan, sobald das verkörperte Zeugnis für seine Jahre in die Erscheinung trat.

Als Sänger Emmerich wieder die Augen schloß, stieg ein reinenes Bild vor ihm auf, das sich weit über diesen Schmutz erhob. In lichten Farben war ihm ausgemalt, wie sich sein Leben gestaltet hätte, wenn er den Goldfisch Ernestine heimgeführt haben würde und er sich der Gegenliebe dieses Herrlichen erfreuen könnte. Schicksalstücke! Nun saß sie oben, und er lag unten. Beide waren einsam, denn „das Wasser war viel zu tief". Sein Grollen verscheuchte das Bild, und was er nun vor seinen offenen Augen hatte, war das genießende nächtliche Berlin mit seinen verführerischen Künsten, diese elektrisch erleuchtete Libelle über dunklen Gründen. —

Am Morgen des 2. Januar machte man im Kontor bei C. D. Frobel große Augen, als der Repräsentant für das Musterlager antrat, natürlich wieder im Pelz, so, wie man ihn schon mehrmals hier hatte auftauchen sehen. Man zerbrach sich zwar den Kopf darüber, weshalb dieser neue Posten geschaffen sei, denn Remin, der trotz seines Alters noch immer gut auf den Beinen war, besorgte die Sache mit einem jungen Mann und einem Lehrling ganz vortrefflich; außerdem war gewöhnlich immer noch ein Reisender zur Stelle, der vor der neuen Tour den Aufenthalt in Berlin damit ausfüllte, die ihm zum Teil bekannten Geschäftsfreunde in den Sälen herumzuführen. Aber schließlich ging sie das alles nichts an, und am Ende schadete es wohl auch nichts, wenn einer mehr da war und obendrein jemand, der, wie es schien, die verbindlichsten Umgangsformen mitbrachte. Geschäftsführer Ahlemann, der Geschmeidige und Elegante, der Paris, London und Petersburg kannte, hatte ihnen diese Eigenschaft verkündet, und er mußte es wissen, nachdem er Mitte Dezember eine längere Unterredung mit Emmerich gehabt hatte, bevor der Sänger, wie es hieß, noch einmal nach Elberfeld fahre, um die Zelte dort abzubrechen. Irgendwo sollte er auch noch Gastspielverpflichtungen haben, die erst erledigt werden mußten.

(Fortsetzung folgt).

das Grab unseres Exporthandels

sein würde. (Heiterkeit rechts.) Das Gegenteil ist eingetreten. Handel und Industrie haben einen Aufschwung genommen, um den uns das Ausland beneidet. (Zuruf b. den Soz.: Trotzdem !) Allerdings sind die Kosten der Lebenshaltung auch gestiegen, dafür aber auch nicht nur der nationale Wohlstand, sondern auch die Lebenshaltung des einzelnen bis in die Kreise der Arbeiterschaft hinein. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. — Zurufe bei d. Soz.: Trotzdem !) Was sollen dieser gesamten Entwickelung gegenüber Ihre Rechenexempel, mit denen Sie dem Volke zeigen, um wieviel das Pfund Brot, das Liter Petroleum und die Schachtel Streichhölzer angeblich durch die Schnaps- und Schlotjunker verteuert ist. (Heiterkeit rechts.) Danach bemißt sich nicht der Wert oder Unwert eines Wirtschaftssystems. Darben und Hungern sind es nicht, die die Expansionskräfte und den Expansionsdrang erzeugt haben, der in unserem Volke lebt. Aber der verständliche Unmut über die gestiegenen Preise macht Ihnen im Hinblick auf

die bevorstehenden Wahlen

neue Hoffnung. (Zustimmung rechts. Unruhe links.) Deshalb wird vielfach skrupellos agitiert. Sollte es der Agitation gelingen, die Zusammensetzung des nächsten Reichstags durch Stimmungen zu beeinflussen, die eine notwendige Folge der Schäden der diesjährigen Dürre sind, dann werden wir die vorübergehende Teuerung mit einer dauernden Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens bezahlen (Zustimmung rechts und im Zentrum. Lachen links.) Es steht hier mehr auf dem Spiel. Die Herabminderung der Lebensmittelpreise allein kann niemals das leitende Prinzip einer verständigen Wirtschaftspolitik sein. Lohnende Arbeit ist die für jeden sozialen Fortschritt notwendige Voraussetzung. Lohnende Arbeit hat unser Volk unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem gefunden. Sollen wir dieses segensreiche Ergebnis in Frage stellen? Sollen wir die Grundlagen unserer Volksernährung erschüttern? Für mich ist die entschlossene Festhaltung an der bisherigen Wirtschaftspolitik Pflicht gegen das Land und ich werde mich durch keine Angriffe in der Überzeugung irre machen lassen, daß ich damit auf dem rechten Wege bin. (Anhaltender Beifall rechts und im Zentrum. Zischen links).

Die Besprechung der Interpellationen wird einstimmig beschlossen.

Niederlöhner (K.): In einer Notlage befindet sich nur die Landwirtschaft durch die Dürre und an der Teuerung der Lebensmittel sind der Zwischenhandel und die hohen Arbeiterlöhne schuld.

Weiterberatung am Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 23. Oktober 1911.

Der Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. U. a. gibt er bekannt, daß das Bürgerschaftsmitglied Löwigt wegen Behinderung seinen Antrag nicht vertreten könne, Herr Stelling habe den Antrag wieder aufgenommen und werde ihn auch begründen.

In einem Ersuchen wünscht Heinsohn die staatlichen und städtischen Arbeiten in kleinen Losen zu vergeben, um der Teuerung wegen den Handwerkern beizustehen.

Der erste Senatsantrag ist aus Versehen auf die Tagesordnung gekommen, er wird von dieser abgesetzt.

Debattelos genehmigt wird der Antrag betr. Nachtrag zu dem Vertrage vom 1. Mai 1901, betreffend die Umgestaltung der Eisenbahnanlagen in Lübeck.

Beim folgenden Antrag: Ankauf des Grundstückes Johannisstraße 22/24 lehnt

Böbs wegen ungenügender Begründung den Vertrag ab, nicht einmal eine Karte sei beigegeben oder wenigstens auf dem Bureau ausgestellt.

Wortführer Dimpker: Das Bauamt hat versprochen, eine Karte bis zum Sitzungsbeginn hierherzubringen.

Senator Rabe (unverständlich) tritt für die Vorlage ein.

Der weitere Antrag, die Herstellung von vier in Brunnen mündenden Stichrohren auf den Holzlagerplätzen der Vorwerker Wiesen betr., wird debattelos genehmigt.

Dem folgenden Senatsantrag betr. den Ausbau von Strecken des Kreuzweges und der Straße Beim Retteich kann

Stender seine Zustimmung nicht geben, so wünschenswert der Ausbau auch wäre. Die Anlieger kämen bei der Sache zu gut weg, man schenke ihnen 30—35 000 Mk. (Zuruf: Hört, hört!) Mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln müsse auszukommen sein. Wer ein Grundstück ausnutzen wolle, müsse eben warten, bis sich die Gelegenheit dazu biete.

Senator Dr. Stooss spricht zugunsten des Antrags, man könne froh sein, daß der Vertrag zustande gekommen sei.

Niemann (Schlutup) regt bei dieser Gelegenheit den Ausbau der Chaussee nach Schlutup an.

Der Senatsantrag wird hierauf genehmigt.

Ebenfalls angenommen werden die beiden folgenden Anträge: Anschaffung einer automobilen Benzinmotor-Spritze für die Feuerwehr und Verstärkung des Abschnittes XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für 1911 um 60 000 Mk.

Zur weiteren Beratung steht der Antrag von Stelling: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Rücksicht auf die in Lübeck herrschende Not der minderbemittelten Bevölkerung und die noch zu erwartende starke Zunahme der Teuerung die Reichsregierung aufzufordern: 1. die Lebensmittelzölle zu suspendieren, 2. alle Vieh- und Fleischeinfuhrverbote aufzuheben, 3. das System der Einfuhrscheine zu beseitigen. Weiter wird der Senat ersucht, gemeinsam mit der Bürgerschaft eine Kommission einzusetzen, welche hauptsächlich die Frage zu prüfen hat, wie in Lübeck a) die Beschaffung billigen Fleisches b) die Beschaffung billiger Kartoffeln, c) der Großimport von Gemüse in die Wege geleitet werden kann.

Stelling: Sie werden zweifellos aus der Presse ersehen haben, daß eine Reihe von Städten, Gemeinden und Bundesstaaten sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, ein Beweis, daß die Frage der Teuerung als eine brennende bezeichnet werden muß. Auch die Lübecker Handelskammer und die hiesige Landesgruppe des Hansabundes hat Stellung dazu genommen. Ich könnte mir deshalb den Nachweis der Teuerung ersparen, wenn nicht das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck angezweifelt hätte, daß ein Notstand vorhanden sei. (Lauenstein: Sehr richtig!) Jene Seite sagt, ein solcher ist nicht vorhanden und behauptet, wir treiben mit dieser Frage nur Parteipropaganda und Wahlgeschäfte. Man versucht auf jener Seite den Anschein zu erwecken, als ob von einer Teuerung nicht die Rede sein könne. Ich werde Ihnen deshalb nachweisen, daß mit vollem Rechte von einer Teuerung in Lübeck gesprochen werden muß. Daß wir mit unserm Antrag das Richtige getroffen haben, muß selbst das Amtsblatt in dem Artikel zugeben, indem es schreibt, daß die Verteuerung von Milch, Butter, Gemüse und Brot im Arbeiterhaushalt eine Mehrausgabe von 50 bis 60 Pfg. pro Woche ausmache. Von jener Seite aus hat man sich also selbst ins Gesicht geschlagen, wenn man zugibt, daß vier Produkte eine Teuerung von 60 Pfg. erfahren haben, es ist dies doch ein Beweis für die Richtigkeit unseres Antrags. Die Marktberichte weisen gegen das Vorjahr eine wesentliche Steigerung für alle Produkte auf, die zum Lebensunterhalt notwendig sind. Bauernbutter kostete damals 1,25 Mark, jetzt 1,50 Mk., Meiereibutter 1,40 Mk., jetzt 1,75 Mk., die Kleinverkaufspreise von Kartoffeln haben eine ganz erhebliche Steigerung durchgemacht. Zwar behauptet auch das Amtsblatt, daß die Kartoffelernte günstig gewesen sei. Untersucht man aber den Preis jetzt und den vor zwei Jahren, findet man denselben jetzt enorm hoch. (Lauenstein: Nein!) Ja, Herr Lauenstein, er ist hoch. Heute bezahlen Sie 3,50 bis 4 Mark und früher 2,50 und 3 Mark. Das ist doch eine Teuerung, die noch viel schlimmer werden wird. Wenn Sie das abstreiten wollen, werde ich Ihnen an der Hand amtlichen Materials die Steigerung nachweisen. Das Statistische Amt läßt uns in seinem Bericht vom April, Mai und Juni die Teuerung erkennen. Danach ist der Viehpreis im Durchschnitt nach Schlachtgewicht angewachsen: für 50 Kilogramm 1. Qualität Ochsen von 74,38 auf 78,82, 2. Qualität von 68 auf 73, 3. Qualität von 61 auf 67 und 4. Qualität von 55 auf 60 Mk. Bei Bullen von 62,50 auf 71,88; es muß allerdings zugegeben werden, daß bei Schweinefleisch die Notierung etwas heruntergegangen ist. (Zurufe.) Sie scheinen nicht zu wissen, daß wir, die pfundweise das Fleisch kaufen, vom Rückgang sehr wenig verspüren, ich behaupte sogar, daß in der Tat beim Detailpreis von einem Rückgang des Schweinfleischpreises sehr wenig gesprochen werden kann. Wie kommt es denn, daß man für 1 Pfund Flomen heute fast den doppelten Preis gegen früher bezahlen muß. Die Kälberpreise stiegen nach dem statistischen Bericht vom Juni von 87 Mk. auf 92 Mk. Die Preise für Schafe und Hammel von 77 auf 83 Mk. pro 50 Kilogramm Schlachtgewicht. Die Steigerung der Detail- wie der Engrospreise hat einen enormen Umfang angenommen. Das Hausbrot ist von 30 auf 32 Pfg. pro Kilo gestiegen, die Eßbutter von 2,47 auf 2,58 Mk., das Schock Eier von 4 25 auf 4 43 Mk., Mehl von 35 auf 37 Pfg., Graupen von 44 auf 47 Pfg. Im Juni wiesen die französischen Kartoffeln schon eine wesentliche Erhöhung auf, auch die Magnum bonum, trotzdem noch viele Kartoffeln auf dem Markte waren. Dabei ist nicht zu vergessen, daß jetzt eine weitere Steigerung eingetreten ist. Die Hülsenfrüchte sind im Großhandelspreis um 14,8, im Kleinhandelspreis um 9,1 Proz. teurer geworden. Das Statistische Landesamt rechnet bei den Kartoffeln im Großhandel eine Teurung von 43,5, im Kleinhandel von 35,9 Proz. heraus. Das ist ein Widerspruch, denn die Steigerung ist beim Kleinhandel nicht geringer als beim Großhandel, die Abschlüsse sind beim Kleinhandel bei Berechnung dieses Prozentsatzes noch nicht fertig gewesen. Soweit es sich um die Detailpreise handelt, wird der Kleinhandel die Steigerung bald eintreten lassen. Der Roggen hat gegen das Vorjahr folgende Erhöhung aufzuweisen: August 1910 150, August 1911 151, September 184. Hafer in den gleichen Zeiträumen: 149, 169 und 181 Mk. pro 1000 Kilogr. Kartoffeln von 26,67 auf 45 Mk. pro 1000 Kilogr. Auch Kaffee, Zucker, Rozinen sind gestiegen. Wenn Sie auf Grund dieses amtlichen Materials die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie nach dem Durchschnitt der Rationen eines Marinesoldaten verrechnen, dann finden Sie, daß im Jahre 1900 für den Nahrungsaufwand pro Woche 22,20, 1910 26,60 Mk. und September 1911 30,34 Mk. notwendig waren. Ich will hierbei nur die Anfrage an Sie richten, ob Sie der Meinung sind, daß die Löhne im Verhältnis zur Lebensmittelsteigerung ebenso gestiegen sind. Diese Frage ist zu verneinen. Wir weisen in unserm Antrag auch noch auf die kommende Steigerung hin, von der nicht nur die Arbeiter betroffen werden, sondern auch der Mittelstand und die Leute, die jetzt glauben, die Preise noch erschwingen zu können. Wir haben in der Folge mit einer allgemeinen Notlage zu rechnen, nicht nur im Reiche, sondern auch in Lübeck. Weiter kommt in Betracht, daß alle Anzeichen einer kommenden großen Arbeitslosigkeit vorhanden sind, die heranreichen wird an die, über die wir uns in den Jahren 1906 und 1907 unterhalten haben. Diejenigen, die als Arbeitgeber in Frage kommen, den Arbeitsmarkt studieren und das Arbeitsnachweisbureau besuchen, werden die Größe kommender Arbeitslosigkeit nicht anzweifeln. Das Baugewerbe z. B. lag dieses Jahr total darnieder, darunter haben nicht nur die Arbeitgeber und die Materialwarenhändler gelitten, am meisten waren die Arbeiter die Leidtragenden. Wie soll dies erst im Winter werden, wo der Teil noch zu dem Arbeitslosenheer zählt, der bis jetzt noch Unterkommen gefunden hat. Dabei wird die Arbeitsgelegenheit vom Staate noch beschränkt, wie man am Bau des Verwaltungsgebäudes für das Krankenhaus ersehen kann, wo Korrigenden beschäftigt werden. Solche Arbeiten müssen freien Arbeitern überlassen bleiben, den Korrigenden kann man andere Tätigkeit zuweisen, die sind nicht dazu da, den gewerblichen Arbeitern Konkurrenz zu machen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Über die Ursachen der Teurung müssen wir uns klar werden. Wenn ich noch so sehr den Unwillen Lauensteins errege, so muß ich doch hervorheben, daß sie nichts anderes ist als ein Produkt der agrarischen Politik, wie sie im Reiche betrieben wird, die darauf gerichtet ist, den einzelnen kleinen Kreisen recht viel zu geben auf Kosten der großen Gesamtheit. Wenn man alles näher untersucht, stellt sich heraus, daß an diesem Zustand unsere Zollpolitik schuld ist, die dem Volke alles das, was zum Lebensunterhalt notwendig ist, ganz enorm verteuert. Ich betone das ganz besonders. Wir sind deshalb der Meinung, weil diese Lebensmittelpolitik die Verteuerung im Gefolge hat, daß unser Vertreter im Bundesrat bei der Reichsregierung vorstellig wird, die Lebensmittelzölle zu suspendieren. Sie dürfen nicht vergessen, es handelt sich um den größten Teil des deutschen Volkes, um 80 Prozent, und da ist es notwendig für den Staat, Maßnahmen zu ergreifen, um der jetzigen und der kommenden Teurung zu steuern, eventuell gegen den Willen der kleinen ärmeren Gruppe der Reaktion. Man wird bezüglich unseres Antrages auf Aufhebung aller Vieh- und Fleischeinfuhrverbote die Viehseuchen in den Vordergrund stellen. Der Grund ist nicht stichhaltig. Trotz aller Absperrungsmaßregeln wurde das nationale Vieh verseucht, die künstliche Grenzabsperrung hat nichts geholfen. Sanitäre Gründe sprechen also nicht mit. In andern Ländern, wo alles hineingelassen wird, besteht diese Gefahr doch nicht. Zum mindesten müssen wir dahin streben, das Vieh- und Fleischeinfuhrverbot aufzuheben. Das ist nach meiner Überzeugung das einzige Abwehrmittel, um der Fleischteuerung abzuhelfen. Auch die Einfuhrscheine müssen beseitigt werden. Ich will Ihnen dieses System nicht auseinandersetzen. Sie wissen, um was es sich handelt. Durch dieses System ist es, kurz gesagt, soweit gekommen, daß deutsches Getreide im Auslande billiger verkauft und deutscher Roggen zum Teil im Ausland als Viehfutter verwendet wird. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Wir produzieren im Inland nicht einmal so viel wir brauchen; was im Inlande produziert wird, muß versucht werden da auch zu verbrauchen, es darf nicht im Ausland verschleudert werden mit Hilfe der Ausfuhrprämie. Die Regierung hat alle Ursache, mit diesem unsinnigen System zu brechen. Wir sind mit dieser Forderung in guter Gesellschaft: der Lübecker Hansabund hat sich mit dieser Frage gleichfalls beschäftigt und ist zu derselben Überzeugung gekommen. Der Hansabund fordert weiter Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle auf Gemüse, das einen Preis angenommen hat, der den Einkauf kaum noch gestattet. Die Ausfuhrscheine haben auch nach Meinung des Hansabundes eine ungesunde Ausfuhr zur Folge. Das deckt sich mit der Kernfrage meiner Auffassung, daß durch das Einfuhrscheinsystem eine ungesunde Ausfuhr im Inlande erzeugten Getreides geschieht. Es ist eine grundsätzliche Forderung, die wir stellen. Sie werden hoffentlich mit mir übereinstimmen und unserm Antrag zustimmen. Würden die Herren Agrarier eine Forderung stellen, sie wäre in wenigen Wochen erfüllt. Wenn aber Gemeinden, Städtetage, Handelskammern und Hansabund fordern, dann wird nicht so schnell gearbeitet. Ferner muß geprüft werden, ob es nicht in Lübeck möglich ist, billiges Fleisch und billige Kartoffeln zu beschaffen und den Großimport von Gemüse in die Wege zu leiten. Hier können wir freilich nicht beschließen, jetzt sollen Kartoffeln aufgekauft werden, das soll eine einzusetzende Kommission tun und die Frage behandeln, wie der jetzigen und kommenden Teurung zu steuern ist. Die Verbindung, wie in Lübeck Abhilfe geschaffen werden kann, ist mit der Forderung an die Reichsregierung notwendig. Eine ganze Reihe deutscher Groß-, Mittel- und Kleinstädte ist dieser Frage bereits näher getreten. Die Zahl ist so groß, daß ich sie hier nicht alle anführen kann. Dort ist die Situation richtig erkannt, dort ist man gewillt, allerdings zum Teil gezwungen gewesen, in diesem Sinne zu wirken. Die Kartoffeln sollen zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, der Staat selbst soll keine Unkosten davon haben. Beim Einkauf großer Quantitäten und richtigem Verteilungsmodus können sie billiger abgegeben werden als der heutige Preis beträgt. Bei Gemüse und Fleisch ist das der gleiche Fall. In mehreren Städten haben sich die Schlachter und Fleischer zusammengetan und auf Grund einer Verständigung das Fleisch zum Selbstkostenpreis abgegeben. Es sollte mich freuen, wenn auch die hiesigen Schlachtermeister so vorgehen würden. Auf die Privatinitiative kann man sich aber nicht verlassen. Der Bürgerausschuß hat sich am letzten Mittwoch mit den Maßnahmen gegen die Teuerung befaßt und einem Ersuchen mit Mehrheit zugestimmt. Wenn der Bürgerausschuß schon die Notwendigkeit anerkennt, da dürfte es nur zweckmäßig sein, wenn der Weg vorgezeichnet wird. Das ist im Papeschen Antrag nicht der Fall. Derselbe ist nicht klar genug. Deshalb ersuche ich die Bürgerschaft, unserem Antrag zuzustimmen. Es muß auch nach dieser Richtung hin etwas unternommen werden, damit man von dem Lübecker Staatswesen sagen kann, man hat getan, was irgendwie getan werden konnte. Stimmen Sie dem Antrag zu, denn es handelt sich in der Hauptsache um die Bevölkerungsklassen, die so schon schwer genug zu kämpfen haben. Erleichtern Sie diesen unsteten Kampf, schauen Sie nicht untätig zu und nehmen Sie möglichst einstimmig unsern Antrrg an. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Senator Dr. Fehling: Ich habe schon im Bürgerausschuß mich geäußert. Was den ersten Teil des Stellingschen Antrags betrifft, ist der Senat bereit, Anträge, die durchführbar sind, beim Bundesrat einzubringen, dies ist bereits geschehen. In Lübeck kann einstweilen von einer Not nicht geredet werden. In den anzuwendenden Mitteln muß man sehr vorsichtig sein, um nicht die kleinen Gewerbetreibenden zu schädigen. Die Hauptsache ist, daß der Staat für Arbeit sorgt und dahin hat die Baudeputation bereits Vorsorge getroffen.

Klein: Aus den Ausführungen Stellings geht hervor, ob Herr Stelling die dauernde Beseitigung der Lebensmittelzölle wünscht. Meines Erachtens will das die Sozialdemokratie nicht, denn auch ein sozialdemokratisches Flugblatt in Hamburg, das mir zu Gesicht kam, will nicht die sofortige gänzliche Abschaffung der Zölle. Diese würde auch eine gewaltige Revolution in dem Wirtschaftsleben hervorbringen. Von einer Teurung, wie sie der Vorredner vorgetragen hat, ist keine Rede, eine Reihe Artikel ist gar nicht gestiegen. Durch den Antrag Pape sind die beiden Punkte des Stellingschen Antrags vollkommen überflüssig. Herr Stelling hätte seinen Antrag zurückziehen sollen. Sie würden am liebsten sehen, daß wir den Antrag ablehnen (Zuruf b. d. Soz.: Nehmen Sie ihn an!), damit Sie eine gute Wahlparole gegen die Liberalen hätten. Wir tuen Ihnen den Gefallen, den Antrag anzunehmen, nicht, im Gegenteil lehnen wir ihn genau so ab wie den Antrag, zwanzigjährigen jungen Leuten das Wahlrecht zu geben.

Stelling: Wenn Herr Klein glaubt, wir würden es am liebsten sehen, wenn der Antrag abgelehnt wird, dann irrt er sich gewaltig. Das sind nur faule Redensarten von ihm.

Wortführer Dimpker: Der Vorredner hat keine Redensarten gebraucht.

Stelling (fortfahrend): Wenn wir einen Antrag stellen, kommt Herr Klein und prüft im stillen Kämmerlein, ob unser Antrag geeignet sei, für uns propagandistisch zu wirken. Danach bewertet er ihn. Das ist eines Volksvertreters unwürdig. Unser Antrag ist schon vor drei Wochen eingebracht worden, weil wir glaubten, daß schon früher eine Bürgerschaftssitzung stattfinden würde. Es kann doch mindestens nichts schaden, wenn wir noch einmal zum Ausdruck bringen, in welcher Form versucht werden soll, der Teuerung entgegenzutreten. Der Antrag Pape ist gar nicht weitgehend genug. Nach Meinung des Herrn Pape umfaßt er viel, nach Meinung anderer Leute außerordentlich wenig. Wir sagen hier in welcher Form etwas zu geschehen hat, und das kann dem Senat nur angenehm sein, wenn er nach dieser Richtung die Maßnahmen kennt, die eine gemeinsame Kommission unternehmen will. Im Bürgerausschuß ist keine eingehende Begründung vorausgegangen, wenigstens ist nichts bekannt davon, denn der tagt ja unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Man ist nicht dem gefolgt, was anderwärts unternommen worden ist. Klein ist freilich der Auffassung, wenn das Reich sich auf unsere Wünsche einlassen würde, könnte es zu einer Revolution kommen. Bisher habe ich geglaubt, Anträge würden genau gelesen. Dort heißt es doch, die Lebensmittelzölle sollen suspendiert werden. Wir brauchen doch keinen Kursus in deutscher Sprache abzuhalten, man weiß doch so, was man will. Selbstverständlich wünschen wir das Verschwinden der Le-

bensmittelzölle sobald als möglich, weil sie nur einem kleinen Kreis zugute kommen. Wir sind aber auch der Überzeugung, daß die Schritte zur Aufhebung nicht von heute auf morgen geschehen können. Langsam muß hier vorgegangen werden, darüber sind wir so klar wie Herr Klein, der hier einen Widerspruch konstruieren will. Herr Senator Fehling ist bereit, Anträge zu unterstützen, die der Lebensmittelteuerung entgegenarbeiten, aber er will erst noch Erwägungen. Da wäre es zweckmäßig, wenn die Kommission eingesetzt würde, dann hätte der Senat gleich eine Handhabe, um die Maßnahmen zu ergreifen, die auf Grund des amtlichen Materials notwendig sind. Der Herr Senator behauptet ferner, daß einstweilen von einem Notstand in Lübeck nicht gesprochen werden könne, die ein Eingreifen erforderlich mache. Ich bin dagegen der Meinung, auf Grund einwandfreien Materials, daß heute durch die Teuerung ein Notstand auch in Lübeck hervorgerufen worden ist. Er ist hier nur noch nicht so groß, weil viele kleine Leute über etwas Land verfügen, der Ertrag ist aber bald aufgebraucht, denn der große Raupenfraß hat die Kohlgemüse streckenweise total verwüstet. Die enorme Steigerung wird auch bei diesen Leuten sehr bald fühlbar. Der Konsumverein, der, wie sie wissen, die Waren billiger als die Kleinhändler kaufen und abgeben kann, hat einige Preisnotierungen gemacht, die sonst nicht an die Öffentlichkeit kommen. Danach ist in den Jahren 1909/11 das Mischobst von 40 auf 70 Pfg. gestiegen, Ringäpfel von 48 auf 120, Rosinen von 52 auf 70, Bickbeeren von 96 auf 110, Schnittbohnen von 32 auf 36 Pfg., hier wird noch eine weitere Steigerung eintreten, Brechbohnen von 32 auf 36, Pflanzenbutter von 60 auf 70, Eidamer von 90 auf 100, Holländer von 100 auf 110 Pfg. Auch der Käse wird im Preise noch bedeutend steigen. Die Zündhölzer sind nicht durch die Zoll-, sondern durch unsere indirekte Steuerpolitik gestiegen. Es ist eine üble Erscheinung unserer Finanzpolitik, daß die Streichhölzer von 10 auf 25, ja selbst auf 30 und 35 Pfg. pro Packet gestiegen sind. Sago erfuhr eine Erhöhung von 30 auf 36, grüne Erbsen von 14 auf 22, gelbe von 16 auf 24, Linsen von 20 auf 28, Kaffee von 80 auf 130 und 140, Tee von 160 auf 200, Zucker von 22 auf 30, Würfelzucker von 24 auf 32 Pfennig. Ich führe dies alles an, um Sie zu überzeugen, daß nicht agitatorische Gründe uns treiben, wie das Amtsblatt behauptet, hier Maßnahmen gegen die Teuerung zu beantragen. Der Amtsblatt-Artikel vom 8. Oktober beschäftigt sich übrigens nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit den Liberalen. Diese werden dort mit uns in einen Topf geworfen. Nehmen Sie trotz der Einwendungen vom Senatstische, die als stichhaltig nicht in Frage kommen, unsern Antrag an und stellen Sie sich mindestens auf den Standpunkt, daß doppelt genäht besser hält. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Borchert (Brodten) behauptet, daß auf Gemüse überhaupt kein Zoll bestehe.

Fust glaubt, daß wir noch schlimmeren Zeiten entgegengehen; er hofft aber nicht, daß frühere teurere Zeiten zurückkehren. Die Arbeiterlöhne seien bedeutend gestiegen, doch wolle er damit nicht sagen, daß die Arbeiter zu viel Lohn bekämen. Die Schlachter verdienten seit einem Jahre am Rindfleisch überhaupt nichts, dagegen hätten sich die Schweinepreise und Schweinefleischpreise in mittleren Bahnen bewegt. In Sachsen werde freilich schon zu Hunden gegriffen. (Hört, hört! bei den Soz.) Möglich ist, daß die Fleischpreise weiter anziehen, die sich in den letzten Jahren nicht so sehr verändert haben. Heute morgen wurden zwei Ochsen mit 84 Pfg. Schlachtgewicht pro Pfund verkauft, was soll da der Schlachter dann noch fordern. Der Geschmack auch der Minderbemittelten ist so verwöhnt, daß sie die weniger guten Teile des Viehes gar nicht mehr kaufen. Wenn die Preise so hoch sind, dann muß sich auch der Minderbemittelte bei der Teuerung mit etwas weniger Gutem zufrieden geben. Mit der Aufhebung des Vieh- und Fleischeinfuhrverbots bin ich nicht ganz einverstanden, dagegen bin ich für die Suspendierung der Lebensmittelzölle und der Beseitigung der Einfuhrscheine. Städte und Konsumvereine haben mit dem Schlachtereibetrieb schlechte Erfahrungen gemacht, der Versuch ist nicht empfehlenswert.

Hauptlehrer Reimpell versteht die Gründe des Antragstellers, die Familien hätten mit einer gewissen Not zu kämpfen. Wir haben tatsächlich mit einer Unterernährung des Volkes zu rechnen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das kann ich auf Grund eigener Erfahrung bei meinen Schulkindern bestätigen. Den ersten Teil des Stellingschen Antrages bittet Redner anzunehmen.

Lauenstein hätte sich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Vertreter der Gruppe, die den Antrag eingebracht habe, ihn zweimal genannt hätte. Er bittet den Antrag abzulehnen, denn die Senatsantwort sei genügend, das Gemüse sei nicht zu teuer. Die Arbeiter auf dem Lande könnten ja den Sozialdemokraten billige Kartoffeln liefern. Sie backen ja auch Brot und verteilen hohe Dividenden, warum verkaufen Sie nicht auch Kartoffeln? Wenn die Fische hier nicht billig sind, wie soll es denn im Binnenlande stehen. (Zuruf: Haben Sie eine Ahnung!) Im Holstenhaus kaufen Sie Karbonaden und Fasanen spottbillig. Redner verteidigt dann noch die Einfuhrscheine und behauptet, daß riesige Kohlköpfe für billiges Geld zu haben seien. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Adresse angeben!)

Stelling: Herrn Lauenstein kann ich nur sagen, daß er noch niemals in einen Arbeiterhaushalt hineingeschaut hat. Herr Reimpell hat vollkommen recht. Auch ich habe mich gewundert, daß ein solches Elend herrschen kann, wie ich erst dieser Tage mit eigenen Augen wahrnahm. Wenn nun weiter gesagt wird, die Arbeiter wollen das beste Fleisch haben, so muß ich doch hervorheben: wann kauft denn der Arbeiter Fleisch, doch nicht jeden Tag, die meisten Familien können sich höchstens ein- oder zweimal in der Woche Fleisch leisten. Bedenken Sie doch, daß über 30 Mk. für eine 5köpfige Familie an Lebensmitteln nach meiner vorherigen Berechnung wöchentlich ausgeworfen werden müssen, wenn man die Verpflegung des Marinesoldaten zur Grundlage nimmt. Ich frage Sie, wer verdient denn in Lübeck 30 Mk. Das Gros der Arbeiter doch gewiß nicht, da kann vom vielen Fleisch im Kochtopf des Arbeiters keine Rede sein, deshalb müssen Sie zur Annahme unseres Antrages kommen. Nach Wien sind doch große Sendungen Gefrierfleisch gekommen, sie konnten nicht genug anschaffen, so daß der Gemeinderat, der nicht aus Sozialdemokraten besteht, eine weitere große Sendung sich kommen ließ. Also muß das auswärtige Gefrierfleisch doch genießbar sein. Herr Fust führte die Mißerfolge städtischer und konsumgenossenschaftlicher Schlachtereien an. Dem muß ich doch die Schlachterei der Hamburger „Produktion" entgegenhalten, die arbeitet nicht mit Defizit. Dort wird das Fleisch zum billigsten Preis abgegeben. Die Schweine unserer Schweinemastanstalt könnten ja direkt aufgeschlachtet werden, mit Umgehung des Zwischenhandels. Der Schaden für diesen wäre nicht so groß, schon aus Nächstenliebe könnte hier in den sauren Apfel gebissen werden. Herr Lauenstein hat den Anschein zu erwecken gesucht, als ob von teuren Zeiten nicht gesprochen werden könne und doch sind gerade die Lübecker Agrarier bereit gewesen, einen großen Teil des Volkes zu belasten. Von der Milchverteuerung, Herr Lauenstein, sind Sie doch gewiß auch unterrichtet, da nehmen Sie keine Rücksichten. Sie führen weiter an, daß wir häufig aufs Land hinausgehen, bei welcher Gelegenheit wir ja billige Kartoffeln kaufen könnten. Herr Lauenstein verwechselt die Großagrarier mit den Landarbeitern. (Lauenstein: Nein!) Ja, ja, Herr Lauenstein, Landarbeiter können in den wenigsten Fällen Kartoffeln verkaufen, die brauchen diese selbst, im Fürstentum Lübeck kaufen die Landarbeiter stellenweise noch Kartoffeln zu. Im übrigen kaufen wir die Kartoffeln, wo wir wollen. Herr Lauenstein führte eine Firma an, die heuer die Kartoffeln zum billigen Preise verkaufe. Das ist nicht richtig. Wenn Herr Lauenstein die früheren Preise dieser Firma ebenfalls angegeben hätte, müßte er eine nicht unerhebliche Preissteigerung zugeben. Der jetzige Preis beträgt 5.00, 4.00, 4.25 und 3.85 Mark, während er früher zwischen 2.00 und 3.00 Mark pendelte. Herr Lauenstein kann ja Mitglied des Konsumvereins werden, dort kann er Kartoffeln beziehen und uns ferner noch den Platz nachweisen, woher die großen Kohlköpfe bezogen werden können. Auch das Holstenhaus führte Herr Lauenstein an, das billiges Fleisch verkaufe und sogar junge Fasanen empfehle. Dabei weiß Lauenstein so gut wie ich, daß große Geschäfte und Warenhäuser einzelne Zugartikel mit Defizit verkaufen, weil sie annehmen, bei dieser Gelegenheit auch andere Sachen loszuwerden. Gehen Sie mal nach Berlin, Herr Lauenstein, dann werden Sie sich wundern über den Unterschied der Ware. Dort bekommen Sie noch Fische, die als solche bezeichnet werden können, das ist hier nicht mehr der Fall. Die beste Ware wird dort zu billigerem Preis verkauft als hier die schlechte. Und dann, Herr Lauenstein, können Sie sich zur Notiz nehmen, daß die Arbeiterschaft leider auf den Fasanengenuß verzichten muß, den überläßt sie Ihnen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Prösch (Harmsdorf) glaubt, daß Herr Stelling im Fürstentum Stellen bereist hat, wo keine Kartoffeln wachsen, an den andern Orten verkaufen die Arbeiter ihre Kartoffeln und haben von diesem Verkauf ihre sozusagen einzige Einnahme. Die Fleischpreise würden erst nächstes Jahr enorm in die Höhe steigen. Trotzdem würden die Schweinezüchter die Zucht nicht einstellen, sonst wären wir auf das Ausland angewiesen und müßten event. die Steuern um das Dreifache erhöhen, damit Kriegsschiffe gebaut werden können.

Klein erachtet die Anträge Stellings durch diejenigen Papes für überflüssig.

Der Antrag Stelling wird abgelehnt.

Tegtmeyer (Moisling) ladet aus Anlaß der Straßenbahneröffnung die Bürgerschaft nach dem Moislinger Baum ein, wo bei Bier und Wurst die Feier vor sich gehen soll. (Gr. Heiterkeit.)

Es folgt der Antrag von Schneider: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über den Lübeckischen Staatsbeamten für Dienstreisen zu gewährende Reisekosten und Tagegelder in Erwägung zu ziehen.

Schneider begründet den Antrag. In Lübeck fehlten gesetzliche Bestimmungen, die durchaus erforderlich seien, damit die Beamten nach einheitlichen Grundsätzen entschädigt würden. Auch die Umzugskosten entbehrten gesetzlicher Bestimmung.

Senator Dr. Fehling: In allerletzter Zeit hat der Senat diese Frage angeschnitten. Es soll alles geregelt werden.

Schneider zieht nach dieser Erklärung seinen Antrag zurück.

Heinsohn begründet seinen Antrag betr. Vergebung der Submissionsarbeiten. In seinem Gewerbe hätten im letzten Jahre zwölf Unternehmer die Arbeiten unter Selbstkosten hergestellt, die Not unter den Gewerbetreibenden sei ebenso groß wie bei den Arbeitern.

Das Ersuchen wird dem Bürgerausschuß übergeben.

Schluß 8½ Uhr.

Aus Nah und Fern.

Ein ostelbisches Kulturbild. In Klein-Neudorf bei Grottkau in Oberschlesien gebar eine der dort beschäftigten Galizierinnen namens Sapiecka ein Kind, das dann später tot in einer Bodenkammer aufgefunden wurde. Die Mutter des Kindes behauptet, daß das Kind tot zur Welt gekommen sei. Die amtliche Sektion ergab, daß das Kind bei der Geburt gelebt habe. Wie später festgestellt wurde, hat die Frau in einem Zimmer entbunden, das sie mit acht männlichen Galiziern teilen mußte. Diese sahen wohl die kleine Leiche auf der Diele neben dem Lager der Sapiecka liegen und ließen das tote Kind ruhig in die Bodenkammer tragen, ohne auch nur den geringsten Einspruch dagegen zu erheben.

Vier schwere Straßenbahnunfälle in München-Gladbach. Einen Unglückstag hatte gestern die München-Gladbacher Straßenbahn. An vier verschiedenen Stellen ihres Betriebes ereigneten sich im Laufe weniger Stunden schwere Unfälle. Es wurden zwei Kinder von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet; ferner wurde ein Mann überfahren und brach dabei ein Bein; schließlich wurden noch ein Kind und seine ihm zu Hilfe eilende Mutter schwer verletzt. Außerdem stieß ein von der Straßenbahndirektion entsandter Hilfswagen mit einem andern Wagen zusammen. Hierbei brach ein Schaffner den Arm.

Gescheitert. Aus Bordeaux wird gemeldet: Der von Sulina in Rumänien kommende griechische Frachtdampfer „Georgios" ist 300 Meter von der Küste an der Girondemündung gescheitert. Von der 22 Mann zählenden Besatzung konnten sich nur sieben retten. Das Schiff ist verloren.

Dreißig Bergleute eingeschlossen. Aus Harrisburg, Illinois, wird telegraphisch gemeldet: In dem Kohlenbergwerk Orgara hat eine Explosion stattgefunden. Dreißig Bergleute sind eingeschlossen. Zwei Leichen wurden durch den Luftdruck aus dem Schacht herausgeschleudert.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von Margarine fordere man auf die erste Marke
„Siegerin"
„Palmato"
„Mohra"

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Barmeister Lübeck, Lg Leitg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1190.
J. Krohn, Paulstr. 10. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veit, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
J. Vögt, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Beschlaustalten
H. Fasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lüdtke, Warendorpstr. 20. Fischerstr. 7.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schlossbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Teiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Brambier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Brambier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Barmeister, Lübeck, Fackenb. Allee 43.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Lorkowski, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Iris", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Köper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Westhoveln, Pelzerstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath, Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alistr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohn, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlstr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Leuecke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 48. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Hille, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. liefert ein von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Bickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt, Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankt. 33.

Schreibwaren
Aug. Barmeister, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck. Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!